

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. November 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsferate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 129.

Die Segmaschine in wissenschaftlicher Beleuchtung.

(I. Fortsetzung.)

Auf den historischen Rückblick über die Entwicklung des Buchdruckgewerbes läßt Dr. Beyer eine Erläuterung der Tätigkeit der Segler und Drucker sowie der Sieher und Stereotypen folgen. Sie ist wohl in der Hauptsache für Nichtfachleute berechnet und soll überleiten zur Betrachtung der maschinentechnischen Entwicklung in den erwähnten Berufsarten.

Bevor der Verfasser das hier angeschnittene Thema weiter verfolgt, geht er auf die soziale Lage der Arbeiter näher ein. Die vorwiegend geistige Tätigkeit des Seglers werde niemals durch mechanische Arbeit ersetzt werden können, führt er aus. Gerade jene Tätigkeit habe dazu beigetragen, den ganzen Stand wesentlich über die meisten andren handwerksmäßigen Gewerbe emporzuheben und eine besonders hochstehende Arbeiterklasse zu schaffen. Wenn Dr. Beyer indes glaubt, aus den Durchschnittslöhnen der einzelnen Berufsgenossenschaften auf besonders günstige Löhne der Buchdrucker andren Gewerden gegenüber schließen zu können, so ist er doch etwas im Irrtum. Die Benutzung solcher Unterlagen muß immer zu Trugschlüssen führen. Die Festsetzung der Buchdrucker im allgemeinen steht heute leider durchaus nicht mehr höher im Kurse als die rein handwerksmäßige Tätigkeit vieler andrer Arbeiter. Arbeitsstellung und Arbeitsvereinigungen beginnen im Buchdruckgewerbe ähnlich zu wirken wie in andren Industrien, wo die Maschinen ihren Einzug hielten. Wenn es trotzdem gelang, bei Einführung der Handarbeit ersetzenden Segmaschinen die Interessen der Arbeiter in etwas sicher zu stellen und für Maschinenseger eine Höherbezahlung neben einer teilweisen Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, so ist und bleibt das in erster Linie unserer starken Organisation zu danken. Aus ihrer lehrreichen Geschichte hebt der Verfasser in der Rede stehenden Schrift eine Reihe maranter Ereignisse hervor, auf die hier einzugehen wir uns ersparen können.

An der Hand einer graphischen Darstellung gibt er ferner einen Überblick über die Entwicklung der gewerblichen Organisationen unseres Gewerbes, einschließlich der Tarifgemeinschaft. Der interessant veranschaulichte Entwicklungsgang umfaßt die Jahre von 1870 bis 1910. Das Wachstum des Verbandes der Deutschen Buchdrucker deutet eine aufwärts gerichtete wellenförmige Bewegung bis 1890 an. Von 1894 bis 1910 geht es in steil anstrebender Linie aufwärts bis zu dem Mitgliederstande von 60000. Die Mitgliederzahl des Deutschen Buchdruckervereins weist eine geneigte Kurve bis 1885 auf. Nach diesem Jahr ist ein leises Aufsteigen bis 1895 bemerkbar, dem ein Niedergang folgt. Von 1904 bis 1910 vollzieht sich eine steile Aufwärtsbewegung. Die Tarifgemeinschaft zeigt von 1896 bis 1910 (mit über 7000 Firmen) ein steil aufsteigendes Entwicklungsbild. Die Linie, die das Wachstum des Gutenbergsbundes veranschaulichen soll, läßt ein kaum merkbares Ansteigen erkennen; es langt kaum zur „schiefen Ebene“.

Der Segmaschine, welche das dritte Stadium der maschinellen Entwicklung des Buchgewerbes einleitet, widmet Dr. Beyer den zweiten Teil seines Buches. In einem besonderen Kapitel schildert er die Vorläufer der Segmaschine, deren man drei verschiedene Arten unterscheiden kann. Die ältesten Versuche beschränkten sich auf die eigentlichen Schriftseghmaschinen, die mit dem gewöhnlichen Schriftmaterial arbeiteten, dessen Satz sie nur beschleunigten wollten. Die Zeilensegh- und Gießmaschinen bildet die zweite, die Einzelbuchstaben-segh- und Gießmaschine die dritte Stufe der Entwicklung. Alle Maschinensysteme erfahren eine eingehende, instruktive Beschreibung, und zwar sowohl einzeln als auch vergleichsweise. Schon aus diesem Grunde ist das Studium des Beyer'schen Buches den Maschinensegherfolgern zu empfehlen. Im Anschluß an die Betrachtung der neueren Bestrebungen und Erfindungen erwähnt der Verfasser als eine Art Zukunftsbild die Versuche, die telegraphische Übermittlung von Nachrichten unmittelbar mit der Segmaschine in Verbindung zu bringen.

Die Ausbreitung der Segmaschine steht in gewissem Zusammenhange mit der Höhe des Lohnes. In Amerika waren im Jahre 1889 die Löhne der Handsegher um 268 bis 515 Proz. höher als um dieselbe Zeit

in Deutschland; außerdem bestand damals in Amerika ein Mangel an gelernten Arbeitern. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Verbreitung der Segmaschine in der neuen Welt die größten und raschesten Fortschritte machte. Danach folgt England, das gegenüber Deutschland im genannten Jahr um 51 bis 83 Proz. höhere Handsegherlöhne aufwies.

Es berührt eigentümlich, wenn man heute daran erinnert wird, daß noch im Jahre 1895 im Prinzipalsorgan eine „allgemeine Einführung der Segmaschine für durchaus unwahrscheinlich erklärt“ wurde, trotzdem zu dieser Zeit in England bereits rund 300 und in Amerika über 3000 Segmaschinen in Betrieb waren.

Solange die Löhne der Handsegher noch niedriger waren, erschien den deutschen Prinzipalen die Einführung der teuren Segmaschinen nicht rentabel. Das geht deutlich hervor aus dem Berichte des Vorstandes des Prinzipalsvereins zur Hauptversammlung in Mannheim 1907, wo es u. a. heißt: „Man darf sagen, daß die Segmaschine durch die Lohnsteigerung im allgemeinen lohnender geworden ist, als sie vordem war.“

Erst als die Löhne infolge der erheblich verteuerten Lebenshaltung notgedrungen gestiegen waren, ging die Einführung der Zeilensegh- und Gießmaschinen auch in Deutschland rascher vonstatten. In langen Beschreibungen rühmten die Zeitungen die Vorteile der Segmaschinen: schnellere Satzherstellung und verringerte Arbeiterzahl sowie Ersparnis an Schriftmaterial.

Dr. Beyer erörtert auch die Mittel und Wege der Segmaschinenfabriken, ihre Systeme möglichst zu verbreiten. Er hebt hervor, daß „man wohl einseh, daß es leichter sei, mit Hilfe der Arbeiterschaft als gegen diese das Ziel zu erreichen“. Unter diesem Gesichtswinkel werden dann die Gründungen von Segerschulen für die verschiedenen Maschinensysteme betrachtet und schließlich Geschäfts- und Reklamepraktiken der einzelnen Fabriken, namentlich das „Wettseghen“, beleuchtet. Interessant ist, daß sich die Arbeitgeber bezüglich des früher üblichen Retord- und Reklameseghens dem Gehilfenstandpunkt anschließen. Das Prinzipalsorgan führte nämlich aus: „Auch wir Arbeitgeber haben kein Interesse an sehr hohen Leistungen der Segmaschine, da zu beschränkt ist, daß durch die schrankenlose Ausnutzung der Schleuder Konkurrenz für und für geöffnet wird.“ In England, Frankreich und Nordamerika gingen die Buchdruckerorganisationen noch weiter, indem sie die Teilnahme ihrer Mitglieder am Wettseghen direkt verboten. Nach der Konstatierung, daß die Vorteile der Maschineneinführung durchaus nicht verschwunden seien, nachdem die schrankenlose Ausnutzung der Segmaschine durch tarifliche Umachungen zurückgebrängt war, kommt der Verfasser auf die Verbreitung der Segmaschinen in Deutschland zu sprechen. Bereits ein Jahr nach jenem optimistischen Ausspruch der „Zeitschrift“, 1896, waren in Deutschland 12 Segmaschinen in Tätigkeit. Seitdem stieg ihre Zahl: 1900 auf 212, 1903 auf 1015, 1908 auf 2528 und 1910 vermutlich auf 4000. Die Verbreitung der Maschinensysteme (Linotypes, Typograph, Monoline und Monotype) erläuterten statistische Angaben des Tarifamts und der Zentralkommission der Maschinensegher. Danach ergeben sich folgende Zahlen für das Jahr 1908:

Linotypes	1199	=	47,5	Proz.	aller	Segmaschinen,
Typograph	763	=	30,2	„	„	„
Monoline	339	=	13,4	„	„	„
Monotype	227	=	8,9	„	„	„

Im dritten Teile seines Werkes behandelt der Verfasser die sozialen Folgen der Segmaschine. Ihre überaus rasche Einführung in Deutschland zeitigte in den beteiligten Arbeiterkreisen bald Wirkungen. Zum Teile waren sie günstiger Art: „Da die Segmaschine so viel mehr leistete als ein gewöhnlicher Handsegher, war der Arbeitgeber leichter geneigt, alten Wünschen der Arbeiter zu entsprechen und mit der Arbeitszeit herunterzugehen, ohne einen Anfall an seinen Einnahmen befürchten zu müssen.“ Es folgte eine Beschneidung der Maßnahmen, welche die arbeitsersparende Wirkung der Segmaschine notwendig erscheinen ließ: verkürzte Arbeitszeit und höhere Entlohnung. „Bei der Einführung der Segmaschine“, sagt Dr. Beyer, „war die Lage der Arbeitnehmer durchaus günstig. Ein fester Lohnsatz, abgeschlossen zwischen einflussreichen und tatkräftigen Organisationen, band seit 1896 wieder Arbeitgeber und Arbeitnehmer für eine Reihe von Jahren an bestimmte Arbeitszeiten und Lohnsätze. Die Unternehmer waren also dem Gedanken, in Einver-

ständnisse mit den Arbeitnehmern im Gewerbe voranzukommen, sehr geneigt und bemilligten die Maschinensegherlöhne, die von den Segmaschinenfabriken zuerst eingeführt waren.“ Im Jahre 1897 schrieb die „Zeitschrift“: „Es wird darauf ankommen, zu verhüten, daß die Segmaschine als Mittel zur Verflümmung der Arbeitsbedingungen benutzt wird.“ Wenn Dr. Beyer diesem sozialpolitischen Standpunkt des Prinzipalsorgans volle Würdigung angedeihen läßt, so find wir objektiv genug, ihm darin beizupflichten. Leider lassen spätere Publikationen aus Prinzipalstreifen, wir erinnern nur an die bekannte Broschüre der Zeitungsverleger, von sozialer Einsicht nicht viel verspüren.

Die erste Segmaschinenstatistik vom 10. Dezember 1898 gibt bereits ein gutes Bild über die tatsächliche Verbesserung der Lohnbezüge. Hier sind Löhne angegeben, die zwischen 15 und 50 M. wöchentlich schwanken. Der durchschnittliche Wochenlohn beträgt 28,50 M. Dabei erhalten über 80 Proz. einen Lohn von 25 M. und mehr, und über 38 Proz. sogar 30 M. und mehr. Das tarifliche Minimum betrug damals 21 M. Aus der Segmaschinenstatistik des Jahres 1899 ergibt sich bereits ein Durchschnittslohn von 30,80 M. Am 1. Januar 1900 trat dann der inzwischen vereinbarte Segmaschinentarif in Kraft mit seinen unsern Lesern bekannten Bestimmungen über Entlohnung und Arbeitszeit. Die Zuschläge zum örtlichen Handsegherminimum (25 Proz. bei achtfündiger und 30 Proz. bei neunfündiger Arbeitszeit) blieben bei den Tarifrevisionen der Jahre 1901 und 1906 unverändert bestehen.

Einer Zusammenstellung der Lohnverhältnisse der Maschinensegher entnehmen wir, daß ihr Durchschnittslohn von 28,50 M. im Jahre 1898 auf 37,70 M. im Jahre 1907 stieg.

Was der Verfasser im Anschluß hieran über die Entlohnung der Maschinensegher und die an letztere zu stellenden Anforderungen sagt, erscheint uns so guttrefend, daß wir diese Ausführungen wörtlich wiedergeben.

„Der höhere Verdienst des Maschinenseghers kann nicht lediglich auf Rechnung der Maschine aufgebaut sein, vielmehr entspricht ihm auch eine höher qualifizierte Arbeitsleistung, zunächst hinsichtlich der Produktionsmenge. Der Maschinensegher muß die drei bis fünffache Manuskriptmenge des gewöhnlichen Handseghers in der gleichen Zeit wie dieser leisten. Damit ist die Arbeit geistig weit intensiver geworden. Dieser Umstand ist von seiten der Arbeitgeber auch wiederholt ausdrücklich anerkannt worden. So sprach sich auf dem Kongress deutscher Zeitungsverleger am 27. Mai 1902 der referierende Unternehmer dahin aus, daß Maschinensegher bei ständig sehr hohen Leistungen (über 8000 Buchstaben) sich zweifellos gar bald eine Nerven- oder Herzerkrankung zuziehen würden, weil das Maschinenseghen keineswegs eine sogenannte leichte, sondern, namentlich im Zeitungsbetriebe, eine aufregende Arbeit sei.“

Aber auch technisch stellt die Maschinensegherarbeit höhere Anforderungen als der Handsegh. Dies ergibt sich daraus, daß neben der Bedienung der Maschine stets eine genaue Kenntnis der einzelnen bewegten Teile verlangt wird. Der beste Maschinensegher, der den verwickeltesten Mechanismus seiner Arbeitsmaschine nicht versteht, wird gar bald, oft schon bei kleinen Versuchen, in Schwierigkeiten geraten. Da ein eigener Monteur für Segmaschinen nur in den größten Betrieben vorhanden ist, so kann in den übrigen Betrieben die Verrichtung von Störungen an der Maschine leicht so viel Zeitverlust verursachen, als die ungestörte Benutzung der Maschine an Zeit erspart hätte.

Man verlangt jetzt mit Recht, daß jeder Maschinensegher zugleich auch sein eigener Mechaniker sein muß. Die Forderung kommt in den meisten Stellenausweisungen zum Ausdruck: „Flottes und korrektes Arbeiten neben völliger Beherrschung des Mechanismus unbedingt erforderlich.“ Oder: „Flotter Linotypesegher, der die Maschine genau kennt und gut zu behandeln versteht. . . . gesucht.“ Oder: „Monoline-segher mit mindestens dreijähriger Praxis und absolut genauer Kenntnis des Mechanismus gesucht“ usw. Hierbei ist neben dem genannten Grund auch von Einfluß, daß die Segmaschinen, wie wir sahen, außerordentlich wertvolle Maschinen sind, deren Schonung eine wichtige Geldfrage für den Arbeitgeber bedeutet. Ein Wesher von sieben Segmaschinen spricht sich z. B. dahin aus, daß er lieber seine Maschinen ganz stehen lasse, bevor er sie nicht ganz kundigen Seghern anvertraue.“

Die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch die Segmaschine mußte, besonders infolge ihrer beschleunigten Einführung, bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Handseher einen bedeutenden Umfang annehmen. Es ist schwierig, die Verdrängung der Handarbeit durch die Segmaschine genau und ziffernmäßig darzustellen. Der Verfasser beschränkt sich daher auf die Wiedergabe von Einzelbeobachtungen. 1899 wurden in Breslau zehn Segmaschinen in Betrieb genommen, infolgedessen hatte der dortige Ortsverein des Verbandes im genannten Jahre 1000 Arbeitslosentage mehr zu verzeichnen als im Durchschnitt des vorhergehenden Jahres, trotzdem der Geschäftsgang ein ziemlich guter war. Die Gesamtergebnisse von dem einen Jahre 1900 sind in der Statistik des Tarifamts von 1900—1901 zusammengefaßt. Danach wurden in diesem Jahre entlassen 641 Handseher. Noch mehr trat die Verminderung der Arbeitslosigkeit für Handseher 1900 in Erscheinung. Denn dieses Jahr ließ die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung in der Hauptklasse des Verbandes von 274.088 Mk. auf 433.450 Mk. emporsteigen. Das Jahr 1901 brachte eine weitere Steigerung auf 738.892 Mk. Dieses riesige Anwachsen der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung allein im Jahre 1901 um rund 350.000 Mk. führt Dr. Weyer mit Recht größtenteils auf die erhebliche Zunahme der Segmaschinen zurück. Im Jahre 1903 wurde die Zahl der Handseher, welche ihre Arbeitslosigkeit „dauernd“ verloren hatten, geistesförmig auf 2000 geschätzt. Der Jahresbericht des Verbandsvorstandes beziffert die Zahl der Mitglieder, die 1902 das ganze Jahr zu unterstützen waren, auf 2823 oder 8%, Proz sämtlicher Mitglieder. Der umfangreichen Tabelle, die das Verhältnis der Segmaschinenzunahme zur Arbeitslosigkeit innerhalb der letzten 20 Jahre ziffernmäßig darstellt, entnehmen wir einige interessante Angaben. Danach zahlte unser Verband an Arbeitslosenunterstützung:

1896: 265.733 Mk., pro Mitglied 12,38 Mk.
1900: 423.456 " " " 15,30 "
1903: 738.892 " " " 21,07 "
1908: 885.781 " " " 16,45 "
1909: 1.218.740 " " " 21,00 "

Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg während dieser Zeit allerdings von 21.437 auf 59.027.

Bei der Zusammenstellung der Arbeitslosenunterstützungen sind vom Verfasser gänzlich unberücksichtigt geblieben die bedeutenden Summen, die für Krankenunterstützung aufgewendet wurden. Es ist aber eine alte Erfahrung, daß in Zeiten großer Arbeitslosigkeit auch die Zahl der Kranken zunimmt. Infolgedessen wäre eigentlich auch ein Teil der gezahlten Krankenunterstützungen auf das Konto der Arbeitslosigkeit zu setzen.

Das nächste Kapitel behandelt den allmählichen Ausstieg durch Vermehrung der Produktion. Während Tiedemann in seiner Schrift: „Die neuere Entwicklung der Arbeitsverhältnisse usw. im Buchdruckgewerbe“, eine bedeutende Ausdehnung der Produktion, wie sie nötig wäre, um für die verdrängten Arbeiter neue Arbeitsstellen zu schaffen, bei Einführung von Segmaschinen kaum für möglich hält, führt Dr. Weyer in einzelnen den Nachweis, daß die durch die Maschinenverwendung bedingte Vergrößerung der Produktionsfähigkeit den Konsum erheblich steigerte. Durch diese Produktionssteigerung erhielt ein Teil der verdrängten Handseher neue Arbeitslosigkeit.

Die Annahme des Verfassers, daß sich ein Zusammenhang der hohen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung mit der zunehmenden Einführung von Segmaschinen zwingend ergebe, ist auf Prinzipalsseite nicht un Widerspruch geblieben, da die Arbeitslosigkeit größer geworden sei, wie auch Dr. Weyer selber in seiner Schrift zugeben müsse. Das gibt uns Anlaß darauf hinzuweisen, daß die den besten Gradmesser des gewerkschaftlichen Arbeitsmarktes bildende Arbeitslosenziffer im Verbande in den letzten Jahren in fortwährendem Steigen begriffen ist.

Sie betrug: 1906 3,60, 1907 3,65, 1908 4,40 und 1909 5 Proz. In diese Zahlen sind nicht eingerechnet die Arbeitslosen der etwa 7000 Nichtmitglieder (Windler usw.), so daß die schätzungsweise für die Jahre 1906—1909 ermittelten Sätze von 4,9, 4,7, 5,8 und 6 Proz. nicht zu hoch gegriffen sein dürften. Wenn auch, besonders in günstigen Wirtschaftsjahren, die gesteigerte Produktion einen geringfügigen Ausgleich herbeiführen mag, der Ausfall an menschlichen Arbeitskräften, wie ihn die Segmaschine veranlaßt, kann dadurch naturgemäß nicht wettgemacht werden. Mit dieser Tatsache werden wir uns so gut es geht abzufinden haben.

(Fortsetzung folgt.)

„Das Ortsvereinschen“.

In dem unter obigem Titel in Nr. 126 des „Korr.“ erschienenen Artikel kommt Kollege H. F. zu sehr falschen und verallgemeinernden Schlussfolgerungen, daß dies nicht unwiderprochen bleiben darf. Die Tendenz des Artikels geht darauf hinaus, die kleinen Ortsvereine in bezug auf ihre Tätigkeit in summa summarum vor der ganzen deutschen Kollegenchaft zu diskreditieren und ihnen einen philiströsen Anstrich zu geben.

Vornweg genommen sei einmal die Tatsache, daß der Besuch der Mitgliederversammlungen an kleineren Orten verhältnismäßig durchweg ein besserer ist als in den größeren und speziell in den größten Ortsvereinen. Darüber dürfte wohl kein Zweifel bestehen, denn die Versammlungsberichte des „Korr.“ liefern hierfür genügend Beweise. Und dann seien die Verhandlungen in den großen Ortsvereinen nicht immer auf jenem höheren Niveau, daß die Kollegen der kleineren Druckorte unbedingt annehmen könnten, die organisatorischen und tariflichen Interessen unseres Verbandes hätten dort die beste Pflege gefunden.

Wenn Kollege H. F. den kleinen Mitgliedschaften den Anschluß an den nächsten größeren Ort empfiehlt, „wo ihre Interessen mit der nötigen Stundigkeit vertreten werden“, so hat es auch hiermit seinen Haken. Einmal ist die „nötige Stundigkeit“ nicht immer ausschließliches Eigentum der in größeren Orten konditionierenden und mit der Leitung des Ortsvereins betrauten Kollegen, und dann ist man „höheren Orts“ nicht immer in der Lage, dem meistens unleidlichen Anhängsel aus der Nachbarschaft die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken. Sämtlichen die ruffällig veranlagten „auswärtigen“ Kollegen, die „Sonntags ihren Koffel bauen, Kranzchen- oder Föhnerzucht treiben“, von Natur aus für eine höhere ethische Kultur schwer zugänglich sind. Doch Spaß beiseite! Was bei Beurteilung und Untersuchung unserer Verhältnisse und Organisationsverhältnisse im allgemeinen gilt, trifft auch auf die Qualität unserer Mitglieder und Funktionäre in der Großstadt sowohl wie „auf dem Lande“ zu, nämlich die Wahrheit der Worte: „Keine Regel ohne Ausnahme!“

Eine Reihe von kleinen Ortsvereinen im Gau Oberhein hat sich z. B. in Wahrung der Verbands- und Tarifinteressen in keiner Weise durch die größeren Orte in den Schatten stellen lassen. Unter Berücksichtigung des Umfandes, daß der Anschluß kleinerer Mitgliedschaften an größere Ortsvereine aus geographischen und finanziellen Gründen nicht durchführbar ist, und daß die in richtige Bahnen geleitete Tätigkeit der kleinen Ortsvereine geeignet ist, tüchtige, selbständige und ihrer Verantwortung bewusste Verbandsmitglieder heranzuziehen, muß man zu der Ansicht kommen, daß die kleinen Ortsvereine für die Organisation eine Notwendigkeit sind. Auf alle Fälle muß der Besuch, gleichviel von welcher Seite er immer kommen mag, die Kollegen der kleineren Druckorte als der besonderen Erziehung bedürftig hinzustellen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Auch diejenigen Kollegen, die unter äußerst schwierigen Verhältnissen „draußen auf dem Lande“ das Feld für

unsre Organisation bestellen, haben großen Anteil an dem Wachstum unsres Verbandes und der Festigung des Tarifgemeinschaftsgebantes.

Viele unsrer „Ortsvereinschen“ sind den örtlichen Gewerkschaftsstellern angehängen und beeinflussen als Pioniere der Arbeiter die Arbeiterbewegung im günstigsten Sinne. Die von den Gewerkschaften geschaffenen gemeinsamen Bibliotheken lassen an Reichhaltigkeit nichts zu wünschen übrig und dürfen getrost an die Seite mancher Bibliothek eines größeren Ortsvereins gestellt werden. Wenn man die moderne Arbeiterbewegung unterstützen will, so muß man eben an einem kleinen Orte im Interesse seiner selbst alle Kräfte sammeln und sie speziell den Bildungsbestrebungen dienlich machen.

Soweit Kollege H. F. in seinem Artikel die Betätigung unsrer Kollegen als Verbandsmitglieder in den kleinen Druckorten und speziell in den Ortsvereinen einer Kritik unterzieht und dafür Protokollauszüge als Beweismaterial beibringt, muß im Interesse des Ansehens dieser Ortsvereine dagegen Verwahrung eingelegt werden, denn generell läßt sich eine solche Angelegenheit nicht behandeln. Wie eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, geben Verfehlungen einzelner „Ortsvereinschen“ keinen hinreichenden Grund zu einer allgemeinen Aburteilung der kleinen Ortsvereine. Die nächste Generalversammlung des Verbandes wird denn auch in richtiger Würdigung der Tätigkeit unsrer kleinen Ortsvereine, welche unter den „Händlern“ die so gern unterschätzte organisatorische und tarifliche Kleinarbeit leisten, zu einer andern Auffassung kommen als Kollege H. F.

Die Lebenshaltung des Arbeiters ist in den Provinzstädten und auf dem Lande ebenso teuer wie in der Großstadt. Die Milch, Fleisch- und Gemüsepresse sind außerordentlich in die Höhe gegangen. Wollen die Kollegen hierin eine Änderung herbeiführen, so ist „Groß-“ und „Klein-“ gegenseitig auf sich angewiesen.

Die Erziehung zur Selbständigkeit der Mitglieder ist eine der Hauptaufgaben unsrer Organisation. Im Hinblick auf die kommende Tarifrevision erwünscht auch den kleinen Ortsvereinen die Pflicht, die Interessen zwischen Stadt und Land in den notwendigen Einklang zu bringen. Waldshut. G. W.

In Nr. 126 verbreitet sich Kollege H. F. über dieses Thema, heftet an der Hand eines Musterbeispiels eine Karikatur dieser „Vereinschen“ und kommt zu dem Schlusse, jedem Ortsverein unter 25 Mitgliedern die Existenzberechtigung zu verweigern. Um nun aber die Mitglieder auf dem Lande nicht so ganz ohne Kleinorganisation zu lassen, empfiehlt er die Zusammenlegung der Mitglieder ethischer Druckorte zu einem Ortsverein. Der Kollege verfährt aber dabei in einem fundamentalen Irrtum: er behandelt die Ausnahme als Regel. Und ebenso sind seine Schlussfolgerungen irrig. Seine Vorschläge würden nur das Gegenteil des Bezweckten erreichen.

Überhaupt dieses Monstrum von Ortsvereinen, das dem Kollegen H. F. als abschreckendes Beispiel vorschwebt! Fast könnte man wünschen, daß der Name in goldenen Lettern dazu gedruckt wäre, denn diese „Tätigkeit“ eines Ortsvereins — falls derselbe in dieser Gestalt jetzt noch existiert und nicht nur ein Phantasiegebilde des Kollegen H. F. ist — dürfte wohl einzig dastehen.

Um aber nicht den Glauben zu erwecken, als wenn jedes dieser „Vereinschen“ zwischen neun bis zwölf Mann“ nach dem gekennzeichneten Muster zugeschnitten wäre, verlohnt es sich wohl, die Bedeutung und die Tätigkeit der kleinen Ortsvereine von einem ersteren Standpunkte zu würdigen.

Es ist jedenfalls schon falsch, wenn die Gründung von Ortsvereinen auf Unzufriedenheit mit dem Bezirksvorstande zurückzuführen ist. Fast bei jedem neuen Zusammenkunft am Orte kann man lesen, daß der Bezirksvorstand diesen Entschluß befürwortet, den Ortsverein

Von Leipzig nach Dresden.

Eshe wie es uns versahen, waren die beiden Festtage, an denen die Sängere von der Pleiße bei den Sängern an der Elbe zu Besuch waren, verfliegen und verausacht! Trotzdem werden uns Dresdenern die Tage des 30. und 31. Oktober 1910 stets in bester Erinnerung bleiben. Waren es doch teilweise alte liebe Bekannte, die sich da mit einstellten; aber auch neue Freundschaften wurden geschlossen, wozu speziell der zweite Tag (Informationsfest) reichlich Gelegenheit bot.

Zu Anfang wurden ja alle auf eine harte Probe gestellt, denn die Leipziger hatten sich bei der Perrie eine innappe Überstunde — die nach dem Eisenbahntarif allerdings nicht bezahlt wird — geleistet. Während dieser Zeit fanden die Dresdner am Ende der langen Wandelhalle des „Vereinshauses“, dem Festlokale des ersten Tags, um die lieben Gäste mit dem alten schönen „Bundeslied“ zu begrüßen. Wüglich kommt Bewegung in die Massen; es heist: Sie kommen! Und es tauchte auch eine Leipziger Hingestalt, Herr Musikdirektor Schweickert, auf, der den Sängern im Schnellzuge „nachgeheilt“ war, um hier als erster durchs Ziel zu gehen! Doch bald darauf kam der aufgestellte Vöte keuchend mit der Postkarte: „Nicht kommen“, sie! In Stärke von 145 Sängern (20 Mann waren teils durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder sonstige Abhaltungen bei dieser Gelegenheit inaktiv) kamen unsre Leipziger Freunde amarrschiert. Nach dem Verlingen des musikalischen Willkommens begrüßte Kollege Gustav Berger, unser langjähriger Vorsitzender, die Leipziger Gäste. Eine kurze leibliche Stärkung — hinaus ging's auf die Bretter, die die Welt bedeuten,

um eine gemeinsame Probe abzuhalten. Dann führten wir die Leipziger — Rohldampf (lebend — nach unfrem Vereinslokale „Rauoldshof“) zu einer frugalen und durch den bekannten, nicht unangenehmen Buchdruckerhumor extra gewürzten Mittagstafel, der ein kurzer Spaziergang durch das schöne Dresden — in dem es eine Lust zu leben sein soll! — folgte, wobei wir nicht versahen, auf alte und neue Wobnerlch! resp. Seheuswürdigkeiten aufmerksam zu machen. Die Führung endete wieder am Ausgangspunkte, wo man sich noch einmal teils im Vereinslokale, teils gegenüber im „Senefelder“ zum Clou des Tags — dem Konzert — etwas stärkte.

Man kann sagen, durch die opferreudige Teilnahme unsrer Leipziger „Sparten“ Kollegen wurde das Konzert zu einem musikalischen Ereignisse sowohl wie zu einem guten Zugmittel: die Dresdner Kollegenchaft und unser sonstiges Stammpublikum (auch Dresdner Komponisten und musikalische Kapazitäten zählen dazu) waren zahlreich vertreten, so daß der schöne Holzgetäfeste, dem Leipziger Gewandhaus augenseheinlich nahegebauete Saal, der rund 1200 Sitzplätze aufweist und eine gute Akustik hat, vollständig ausverkauft war. Wir hätten bequem noch einige hundert Karten verkaufen können, aber ein entsprechender Saal fehlt uns dazu. Die Saalfrage ist in Dresden zu einer Skandalität geworden: es mangelt uns an entsprechenden Räumen zu großen resp. Massenveranstaltungen. Wir sehen deshalb dem Bau eines massiven Zirkusgebäudes in der Altstadt, der im Frühjahr in Angriff genommen werden soll, mit Sehnsucht entgegen.

Der Dresdner Buchdruckergesangverein eröffnete unter der zielbewußten Leitung seines Dirigenten, Konjunktler Theobald Werner, die Vortragsordnung mit vier

Schubert'schen Chören: „Naturgenuß“, „Mondenschein“, „Gesang der Geister über den Wassern“ und „Ständchen“ (mit Alto). Ein silvolles Programm, dessen Subtilitäten und Schwierigkeiten mit außerordentlicher Delikatesse erlebte wurden. Im zweiten Teile betrat der Leipziger „Gutenbergs“ das Podium, um sechs a capella-Chöre den gespannt lauschenden Zuhörern zu bieten: „Waldbreen“ (Weber), „Kubold von Werdenberg“ (Hegar), „Hans und Grete“ (Secard), „Herbst“ (Seuberger), „Wenn zwei sich gut find“ (Hauptmann) und „Tanztelchen“ (Schweickert). Der Musikreferent der „Dresdner Volkszeitung“ schreibt u. a. über das Auftreten der Leipziger: „Unter Schweickerts kraftvoll sicherer Leitung kam das alles sehr wirkungsvoll und bei aller Kraft klugschön heraus. Man bekam hohe Achtung vor der gesanglichen Disziplin des Gutenbergsvereins...“ Nicht endenwollenber Weifall, der den Dirigenten zu einer Wiederholung nötigte, dankte für die herrlichen Gaben der Leipziger Sängere. Beim dritten Teile vereinigten sich Dresdner und Leipziger zur Darbietung von vier Volksliedern: „Wendelied“ (Walm), „Ständchen“ (Wolfrum), „Das stille Tal“ und „Sebe-woh!“ (beide bearbeitet von Schweickert). 250 Sängere zeigten hier ihre Kunst im Volksliede. Die drei Programmpunkte erfuhren Abwechslung durch prächtige Lieber-spenden — zumest Schubert — der Kammerlängerin Frau Rahm-Rennebaum (Alt), die damit einen erlesenen Genuß bot und rauschenden Beifall dafür erntete.

Eine halbe Stunde nach Beendigung des Konzerts konnte bereits der Sommer beginnen, der den Leipziguern zu Ehren arrangiert worden war. Wenn die Dresdner Leitung geglaubt hatte, daß nur die Sängere mit ihren Angehörigen dableiben würden, so hatte sie sich gewaltig

„aus der Taufe hebt.“ Und mit Recht. Denn nichts kann dem Bezirksvorstande die oft schwierige Agitation in gewerkschaftlicher und tariflicher Hinsicht so kräftig stützen, als eine festgefügte, wenn auch kleine Organisation auf einem vorgeschobenen Posten unfres gewerblichen Gebietes.

Die Zusammenlegung dieser Orte zu einem Vereine mit mindestens 25 Mitgliedern ist an sich sehr schön gedacht, aber nicht durchführbar, ohne daß man befürchten muß, daß die Verflachung und Interesslosigkeit unsrer Zweeden und Zielen gegenüber zu stark abnimmt. Um die zerstreuten Kräfte zu sammeln, sind ja die Bezirksvereine wieder da, die im Jahre zwei- bis dreimal ihre Mitglieder zusammenrufen. Bei den in der Provinz vielfach noch mangelnden guten Bahnverbindungen würde es aber ein Linderung sein, diese zusammengelegten Mitgliedschaften im Monate mindestens einmal zusammenzuführen. Man braucht weder böswilliger Versammlungsschwänzer noch „Kochbauern“, man braucht gar nicht den „Klimbimvereinen“ anzugehören, und man würde doch sehr oft gesungen werden, diesen Versammlungen fernzubleiben. Kurz und rar sind die Mühestunden, die uns zur Verfügung stehen, noch rarer das schöne Wetter an den Sonntagen. Wer wollte es also den Kollegen verargen, lieber den Sonntag zur Erholung und zu Ausflügen zu benutzen, als sich zum „Sammelbeden“ zu begeben und nach erfolgter Belegung durch berufene oder unberufene Kräfte Kneipenstudienfahrten zu machen! Ganz abgesehen davon, daß das Portemonnaie so manchen Kollegen nicht oft solche Fahrten vertragen würde. Es ist aber notwendig, daß alle Kollegen angehalten werden, die Versammlungen zu besuchen, und daß vorstehende Gründe, die besonders für Versammlungsschwänzer und Indifferente wohlwiel wie Brombeeren sein würden, in Wegfall kommen. Weibst also nur der Zusammenschluß am Orte.

Es ist nun eine ganze Reihe von Gründen, die Kollege H. F. gegen diesen Zusammenschluß anführt. Bei Lichte besehen, können sie nicht als stichhaltig gelten. Da ist zuerst das Fehlen einer zielbewußten Leitung. Ja, gehört denn wirklich soviel dazu, einen Ortsverein von neun bis zwölf Mann zu leiten? Es ist noch kein Vorhänger vom Himmel gefallen, auch nicht in den größeren Mitgliedschaften. Nur ein wenig Mühe ist notwendig, etwas Licht und ein Sichvertrauen in alle Fragen, die unsre Organisation und die moderne Arbeiterbewegung berühren. Das andre findet sich. Der Vorhänger soll ja auch nicht himmelhoch erhaben über den Mitgliedern stehen, sondern sein redlich Teil dazu beitragen, daß alle Kollegen auf der gleichen Stufe gewerkschaftlicher Erkenntnis stehen und zur Vervollkommenung in dieser Beziehung mit allen Mitteln gearbeitet wird. Und bietet eine größere Mitgliedschaft wirklich immer die Garantie dieser zielbewußten Leitung? Doch wohl nicht.

Weiter sieht Kollege H. F. in der Zugehörigkeit von Faktoren ufm. eine Gefahr für einen kleinen Ortsverein. Wieder gefehlt! Hier mangelt nur, was man bei jedem Gewerkschaftler und Verbandsmitglied als selbstverständlich voraussetzen sollte: Mäßigkeit! Denn wenn eine Geschäftsvertrauensperson die Mitgliedschaft zum Verbands nutzt, um auf die Mitglieder in Versammlungen einzuwirken, so tut sie es doch nur, um Geschäftsvorteile herauszuholen. Und da läßt sich meines Erachtens den betreffenden Kollegen die Sache bedeutend besser in Versammlungen ausreden, wo doch nur Kollegen zusammensitzen, als im Geschäft, wo das Untergeordnetverhältnis viel krasser in die Erscheinung tritt. Bei aller Achtung vor der diffizilen Stellung eines solchen Kollegen muß hervorgehoben werden, daß gegen Mißbrauch in dieser Hinsicht auch noch Kränkeln gewachsen sind, aus denen ein sehr starker Res bereit werden kann. Jeder einsichtige Kollege in leitender Stellung wird darin doppelt vorsichtig sein.

Nun ist ja klar, daß auch ohne „Querföppe“ die We-

nungen manchmal recht hart aneinander geraten. Auch dies ist kein Grund, sich zu „drücken“ und die Finte ins Korn zu werfen. Gewitter reinigen die Luft, und es sind nicht immer fröhliche und heitere Vorkommnisse, aus denen Lehren gezogen werden müssen.

Es versteht sich auch wohl am Rande, daß den Vertrauenspersonen der Druckereien in den kleinen Ortsvereinen auch dieser oder jener Vorstandsposten übertragen wird. Ein Hand-in-Hand-arbeiten ist hier besonders notwendig. In der Großstadt ist ja der Instanzenweg einfacher: Vertrauensmann, Gehilfenvertreter, Schiedsgericht, alles an einem Tage. In den kleinen Orten muß oft der Bezirksvorstand in Bewegung gesetzt werden, der Gauvorsteher muß eventuell auch erst den Sachverhalt prüfen, ehe an ein Schiedsgericht gegangen werden kann. Das erfordert Zeit. Es ist schon manche Differenz von den amtierenden Kollegen an einem kleinen Orte beigelegt worden, und zwar in zufriedenstellender Weise, die bei Inangabe der weiteren Instanzen vielleicht ausgelaufen wäre wie das Hornberger Schießen.

Aber die Bedeutung der kleinen Ortsvereine ist damit noch nicht erschöpft. Kollege H. F. gibt selbst zu, daß bei der Gründung die nötige Begeisterung für die Sache vorhanden ist. Sie braucht also nicht erst geweckt, sondern nur erhalten werden. Und hier kann ich auch mit einem Beispiele dienen, und zwar aus der Gegenwart: Ich kenne einen Ortsverein von zwölf Mann, wo die Bestimmung besteht, daß bei jeder Monatsversammlung nach dem geschäftlichen Teil immer ein Kollege — in alphabetischer Reihenfolge — einen Vortrag oder eine Vorlesung über ein technisches, tarifliches, gewerkschaftliches, überhaupt über ein die Buchdrucker interessierendes Thema zu halten hat. Es sind ja nicht immer formvollendete, stundenlange Vorträge, die da gehalten werden, aber der Zweck ist erreicht: das Interesse der Kollegen an den Versammlungen und am Ortsverein ist wach geblieben. Die Kollegen arbeiten alle an der Vervollkommenung des Wissens in allen vorkommenden Fragen, und noch kein Kollege hat sich dieser Verpflichtung entzogen. An der Hand von Büchern, Zeitschriften und Mustern, gestützt auf praktische Erfahrungen und Ergebnisse, vertieft sich jeder in das Thema, das er sich gestellt. Unmühsam erweitert sich sein Gesichtskreis. Denn in dem Maß, in dem er die Aufmerksamkeit seiner Kollegen beansprucht, wird er auch allen Vorträgen und Vorlesungen seiner Kollegen die Aufmerksamkeit zuwenden, und so arbeitet ein jeder tatkräftig mit zum Besten des Ganzen. Manche Kollegen üben Interessiertheit der Kollegen würden verstümmen, wenn auch in größeren Vereinen in dieser oder ähnlicher Weise verfahren würde. Es ist doch nur notwendig, die Berührungspunkte zu suchen, die uns zusammenführen und zusammenhalten, dann wird wenig Zeit für das bleiben, was uns auseinander führen könnte.

Auch die Bibliothek ist ein wichtiger Bestandteil der kleinen Ortsvereine, und das Geld ist dabei jedenfalls besser angewendet, als wenn es zum Beiräte für den nächstgelegenen größeren Ortsverein verwendet wird, mit dem eine engere Verbindung aus schon angeführten Gründen nicht gut eintreten kann. Die Bibliothek soll ja das ersetzen, was den Kollegen in der Großstadt durch Referate, Kurse und sonstige Bildungsmittel geboten wird, und bei einigermaßen ökonomischem Wirtschaften mit der Vereinskasse ist dies auch möglich. Für Unkosten, Couleurbänder und ähnlichen Unsinne ist dann allerdings nichts übrig. Das Bestreben der Kollegen soll doch aber nicht gerichtet sein auf äußeren Aufputz, sondern es ist dafür zu sorgen, daß ihr Wissen den Kenntnissen eines Großstadtkollegen würdig an die Seite gestellt werden kann.

Hier wird auch von den Kollegen aus der Großstadt noch viel gesagt. Wenn das „unerbittliche Schicksal“ sie einmal in eine kleine Provinzstadt verweist — was leider zu selten vorkommt — dann sehen sie mit Geringschätzung auf den „Quatsch“ und die „offen Kamellen“ in den

Ortsvereinsversammlungen herab. Viel richtiger wäre es, wenn die Kollegen ihr „höheres Wissen“ benutzten würden, um die Provinzkollegen zu bereichern. Es wird kein Kollege sich weigern, Lehren anzunehmen, wo es notwendig ist.

Und so wäre denn zu wünschen, daß sich noch viele „Ortsvereine“ gründen würden, selbst auf die Gefahr hin, daß der Wudel des Kollegen H. F. so langsam zur Gänze erstarren würde. Denn es ist selbstverständlich die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der „Gründer“, nicht in nutzlosen Spielerei die Zeit zu vertrödeln, und das Hauptaugenmerk nicht auf das Inserat von der „glücklichen Geburt“ im „Korn.“ zu legen, sondern alles daran zu setzen, daß der Verein ein blühendes Aes werde am Baum unfres Verbandes, ein brauchbarer Baustein am großen Gebäude der modernen Arbeiterbewegung! „Arbeiten und nicht verzweifeln“ muß das Leitmotiv bleiben!

Kollege H. F. mag sich aber mit seinem Vorschlage der systematischen Zusammenlegung der Mitgliedschaften gebunden, bis das Scherfische Schnellbahnprojekt verwirklicht ist, das uns ermöglicht, beim zehn Minutenverkehr und 200 km Stundengeschwindigkeit in weniger als einer Viertelstunde die nächste „Residenzstadt“ zu erreichen. Dann hätte sein Vorschlag Aussicht auf praktische Verwirklichung. Eher nicht!
Gottseberg.

In Nr. 126 gibt Kollege H. F. seine Meinung über die Daseinsberechtigung der „Ortsvereine“ zum besten. Kollege H. F. will allen Vereinen, die keine 25 Mitglieder haben, das Lebenslicht ausblasen. Nach dem Lesen des betreffenden Artikels bezweifle ich, daß es dem Artikelschreiber gelingt, die kleinen Vereine alle auseinander zu treiben.

Und das ist gut so, daß ihm dieses nicht gelingt. Ich vermisse eigentlich unter dem betreffenden Artikel den üblichen Schwanz der Redaktion. Denn es wäre in diesem Falle das Beste gewesen, gegen die Ansicht des H. F. sofort Front zu machen. (Es ist ein eigen Ding mit den Redaktionschwänzen. Sie werden meistens mit gemischten Gefühlen aufgenommen, als Schulmeisterlei, Rechtschabelei und wer weiß was noch bezeichnet. Andererseits werden sie wieder von denen verlangt, die ander Ansicht sind als er oder die Artikelschreiber über eine bestimmte Sache. Wir können daher nur bestrebt sein, die berühmte mittlere Linie einzuhalten und der Meinung freien Lauf lassen, wenn irgend möglich. Wenn also ein Standpunkt, eine Ansicht oder eine Unregung einigermaßen mit Vernunft und Grazie vertreten wird, und unerquickliche Weiterungen in taktischer oder prinzipieller Hinsicht nicht zu befürchten sind, lassen wir die Einsendungen ohne das ominöse Anhängsel passieren. Ob wir mit dem Inhalt einverstanden sind, ist aber eine Frage und Sache für sich. Redaktion.) Weil die Redaktion sich nicht dazu geäußert hat, so nehme ich an, daß sie die Meinung der Mitglieder „Meiner Vereinen“ hören will. Nun, hier ist die Meinung eines Mitglieds eines derartigen „Vereins“:

Ich bemerke vorne, daß die wenigen Mitglieder ebenso wie ich selber, die wir unfremden kleinen Verein angehören, stolz auf das sind, was wir bis jetzt erreicht haben. Nur im Vereine, sei er groß oder klein, liegt die Kraft, mit der wir uns entgegenstemmen können bei allen Forderungen, die wir nun einmal haben. Und was wir in unfremden kleinen Vereinen, der nur 15—17 Mitglieder hat, geleistet haben, das sei auch verraten. Es ist eine Lust, heute die Protokolle unfres Vereins durchzulesen. Sie zeugen davon, was wir mit Hilfe unfres „Ortsvereins“ durchsetzen konnten. Wären wir so lau gewesen wie die Kollegen des H. F., dann hätten wir die Finte vorher ins Korn geworfen. Oder sollten wir es den nächsten größeren Vereinen überlassen, für uns die Kastanien aus dem Feuer zu holen?

geträuft. Nicht nur im großen Saale, sondern auch auf den Galerien hatten die meisten Dresdner Kollegen mit ihren Damen sowie sonstige Freunde der beiden Vereine Platz genommen, so daß der Saal vollständig ausgefüllt war. Dies konnte jedoch die Stimmung nicht beeinträchtigen. Ansprachen der Kollegen H. F. und Helmholz aus Leipzig, Berger und Wendsche (Dresden) wechselten mit Gefängen der beiden Brudervereine. Zur Unterhaltung trugen wesentlich bei komische Soli und Duette, vorgelesen von einer Dresdner Dame und einem unfremder Sangesbrüder, die uns schon oft durch ihre gediegenen Gaben erfreuten, ferner ein Instrumentalquartett, das durch seine großesten Darbietungen viel Erheiterung auslöste. Nur zu schnell waren die wenigen Stunden verflohen; doch trennte man sich „kurz nach Mitternacht“ in dem Bewußtsein, den nächsten Tag, der zu einem Ausfluge benutzt würde, noch in kollegialer und sangesbrüderlicher Weise verleben zu können. Die Leipziger Kollegen wurden von den ihnen beigegebenen Führern nach den Hotels gebracht — soweit sie, d. h. die erstgenannten, zu bewegen waren, diesen Tag „schön“ zu beschließen!

Am nächsten Morgen fanden wir uns alle wieder am Terrassenufer ein und fuhrten mit dem Salondampfer „Habsburg“ die Elbe aufwärts bis Pillnitz, um von da eine Fußwanderung über die Ruine nach dem Vorschberg anzutreten, wobei uns auch einige Pinaer Kollegen das Geleit gaben. Die Stimmung war schon Beizeiten eine animierte. Die feuchte Herbstluft, das feuchte Element zu unfren Füssen und die feuchte Verfassung ringsum im illustrierten Kreise — es gab einen harmonischen Dreiklang, ein einseitiges Milieu! Von der herrlichen Aussicht, die sich gerade von den genannten

beiden Punkten bietet, konnten wir leider keinen Gebrauch machen, denn graue Nebelschwaden zogen im Elbtal aufwärts. Auf dem Vorschberg wurden wir dafür durch ein gutes Mittagmahl entschädigt. Parobien auf zwei den Abend vorher gesungene Lieder (in Melodramform) — die eine betitelt „Mudolf vom Scherbelberg“ — erregten allgemeine Heiterkeit. Vor dem Abmarche nach der Meismühle, wo der Rasse eingenommen wurde, vereinigte man sich noch zu einer „kompakten Masse“, um zwei Dresdner Kollegen — wenn auch erst nach langen Bemühungen, da das „Witte recht freundlich“ etwas gar zu wüthlich genommen wurde — Gelegenheit zu geben, uns nach einiger Zeit eine photographische Aufnahme der „reformen“ Sängerschaft offerieren zu können. Nach kurzer Rast in dem genannten Stabliment, und nachdem beide Vereine noch ein „Platzkonzert“ im Garten veranstaltet hatten, trat man mit abwechsellndem Gesange durch den herrlichen, in herrlicher Farbenpracht schimmernden Friedrichsgrund den Rückweg nach Pillnitz an, um von dort wieder nach Dresden zu dampfen. Das sowohl auf der Hin- wie Rückfahrt bereits nach Passierung einiger Stationen dem Schiffsfestaurateur das „Zeitwörter“ ausgehungen, zeugte davon, daß die Passagiere — Buchdrucker waren!

Unter Gesang fuhrten wir die Elbe dann hinunter, unter Gesang trafen wir nach einstündiger Fahrt wieder an der Landungsstelle ein, von Kollegen und Kollegendamen erwartet und warm empfangen. Wir führten nun unfre Leipziger Freunde teils zum Hauptbahnhof, teils zog man vor, erst noch einige sehenswerte Lokale zu „besichtigen“. Die letzten Stunden vereinten uns nun noch zu einer fröhlichen Abschiedskneipe, bei welcher sowohl ein Lied der Leipziger: „Lob wohl, Dresden“, wie

die Darbietungen des dortigen „Gängelclub“ kräftig zur Unterhaltung beitrugen. Kollege H. F. dankte den Dresdnern — Kollege H. F. erwiderte ihm, betonend, daß es nur eine Dankeschuld sei, die abzutragen war, feierte unfre beiden Dirigenten und schloß mit dem Wunsch: Auf Wiedersehen nächstes Jahr in Magdeburg!

Da die Abfahrt unfre Gäste nicht gemeinschaftlich erfolgte, vollzog sich der Abschied „winkelzatenweise“ — aber nicht minder herzlich!

Ich gebe zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die lieben Leipziger von uns nur gute Eindrücke mitgenommen und ihre Erwartungen erfüllt gesehen haben. Die heiteren und „leuchtenden“ Gesichter der „Gutenberger“ lassen darauf schließen, daß sie in Dresden befriedigt wurden.

Ich will aber meinen Bericht nicht schließen, ohne noch ein heiteres Intermezzo zu erwähnen: Bei der Ankunft auf dem Bahnhof waren einige Leipziger in den schrecklichen Verdacht geraten, ankommende streifbüchische Schustergelesen zu sein. (In Dresden ist das Personal der Schuhfabriken ausständig.) Da sich einige Kollegen um den Notizenreporter mit der Auffchrift „Gutenberg“ bemüht hatten, glaubte man es mit Naureisernen aus dem böhmischen Schuhindustriebezirk Kuttenberg zu tun zu haben. Nachdem jedoch unfre gemischten Leipziger versichert hatten, daß sie keine „Schuster“, sondern Sänger und Gelden und tüchtige Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker seien, beruhigten sich die ausgestellten wachsamem Streifposten. So entgingen die wackren Leipziger der Gefahr, laum an Ort und Stelle angekommen, mit Reisepfand und Zehrpfand versehen, so gleich wieder zurückbeordert zu werden.
Dresden.

Nur durch uns selbst haben wir es erreicht, daß an unsrem kleinen Orte die Verhältnisse vollständig tarifliche sind, daß die Entlohnung teilweise über Minimum ist, daß Ferien eingeführt sind, daß die Lehrlingskata eingehalten wird, daß Nichtverhandler für unsre Sache interessiert und schließlich aufgenommen wurden in unsre Organisation. Das sind Erfolge, die wir nur durch unser „Vereingehen“ erreicht haben. Es hat hier früher Löhne gegeben, noch vor etwa 12—15 Jahren, von 12 Mk. pro Woche! Das ist heute vorbei; wir haben jetzt solche von 30 Mk. und darüber. Und alles dieses sind Erfolge, die wir auf das Konto unsres kleinen „Vereingehens“ aufschreiben. Denn hier ist die Stelle, wo alle Fragen vorbereitet werden, wo die Meinungen zutage treten, wo die Kollegialität gepflegt wird usw.

Noch viele Erfolge, die wir bisher in unsrem kleinen Vereine zu verzeichnen hatten, könnte ich dem Kollegen H. F. mitteilen, aber es würde hier zu weit führen. Ich schicke jedoch H. F. gern auf Wunsch unser Protokollbuch zur gefälligen Durchsicht und behaupte fest, daß sich beim Durchlesen dieser Vereinschronik seine Gänsehaut, die er allemal bei der Entstehung eines „Vereingehens“ bekommt, wieder ablöst.

Kollege H. F., seien Sie aufrichtig und geben Sie einmal an, wo Sie solche schlechte Erfahrungen gemacht haben — daß Sie sich wieder drücken? Satten Sie nicht den Mut, die Dreistigkeit besessen, gegen den Ton, den der „Faktor“ in der Versammlung eines kleinen Vereins angeden wollte, zu demonstrieren — oder fürchteten Sie vielleicht Entlassung?

Ich will Ihnen gern noch einige Ratschläge geben, wie das Interesse in einem kleinen, auch selbst im aller-kleinsten Vereine gehalten werden kann. Und wenn Sie alles befolgen, dann werden Sie wieder Freude an einem kleinen Vereine bekommen und werden sich wohl fühlen in kleinen Vereinen, besonders auch dann, wenn Sie einmal einige Erfolge erzielt haben, die allen Mitgliedern Ihres Vereins zugute gekommen sind.

Vor allen Dingen beobachte Ihr kleiner Verein die präzis Durchführung des Tarifs selbst bis ins kleinste Teil. Dann führen Sie das Obligatorium auf den „Korr.“ durch. Ferner nehmen Sie Besprechungen über leichtverständliche Thematika technischer oder auch sozial-politischer Natur vor. Auch in dem kleinste Vereinen findet sich wohl ein Kollege, der in der Lage ist, über irgendwelche Druckfachen usw. zu sprechen. Wenn Ihr Verein keinen Redner begabten kann, so schicke man einen befähigten Kollegen in eine größere Versammlung, eventuell auch nach außerhalb. Hinterher erstattet er über das Gesehene und Gehörte Bericht. Interessant und lehrreich zugleich sind auch die Bekanntgabe der Urteile der Tarif-schlichtungsgerichte, der Gewerbegerichte und der Verwaltungs-gerichtshöfe. Überhaupt ist die sozialpolitische Gesetzgebung unter den Kollegen noch viel zu wenig bekannt. Mit wenigen Mitteln läßt sich auch eine Bibliothek errichten. Man suche durch Beitritt in das Gewerkschafts-kartell innige Fühlung mit dem gesamten gewerkschaftlichen Leben. Natürlich haben die zu wählenden Delegierten im Vereine Bericht zu erstatten. Noch vieles läßt sich finden, womit man die Versammlungen selbst der kleinste Vereine lehr- und abwechslungsreich ausgestatten kann. Natürlich muß der Wille dazu vorhanden sein.

Auch im agitatorischen Interesse kann man die kleinen Vereine nicht entbehren. Zerstrent im ganzen Reiche, bilden sie überall ein Bollwerk den „anderen Angehörigen der Zukunft“ gegenüber. Vereinzelt sind die Verbandsmitglieder nichts, als Verein bilden sie aber eine Macht. Vieles kann mit ihr geleistet werden.

Was den Anschluß einzelner Mitglieder an größere Vereine der Nachbarorte anbelangt, so dürste dieses immerhin, wenn man erstlich an den Vereinsleben teilnehmen will, mit Unkosten für die einzelnen Mitglieder verbunden sein. Dieses ist daher, jedoch nur wegen der Unkosten, nicht zu empfehlen. Ein Anschluß aber an einen Verein, dem man nicht sein ganzes Interesse schenken kann, ist nicht von Wert und daher auch nicht zu begründen. Auf keinen Fall, das ist sicher, wird eine Generalversammlung einen Antrag annehmen, der die Vereine unter 25 Mitgliedern einfach von der Mitgliedschaft verschwinden läßt. Meiner Ansicht nach kann es dem Verbande nur von Nutzen sein, wenn sich tüchtige Kollegen zusammenschließen, um gemeinsam die Ziele zu erringen, die uns vorzueben. Aber es muß Mut, Entschlossenheit in den Mitgliedern stehen. Es muß sich jedes Mitglied selbst das des allerkleinsten Vereins, seiner Pflicht bewußt sein, wenn es darauf ankommt, ein Ziel zu erreichen, einen Zweck zu erfüllen.

Diese Pflicht muß den mutlosen Kollegen immer wieder in den Versammlungen zum Bewußtsein gebracht werden. Ständig muß es allen Kollegen eingemipft werden, daß sie nicht nur Rechte haben, sondern daß auch die Pflichten treu erfüllt werden müssen. In diesem Sinne Hand-in-Hand gearbeitet, haben auch selbst die kleinste Ortsvereine ihre Existenzberechtigung. An Stoff für die Versammlungen dürste es sicher nicht fehlen. Und darum nochmals: Behalten wir die kleinen Vereine, nur bauen wir sie weiter aus, damit sie in der Stunde der Gefahr den großen Mitgliedschaften ebenbürtig zur Seite stehen können.

Wankenburg (Gaz).

Frankl.

Die Lieboldtsche Begräbniskasse.

(Eine Erwiderung.)

Zu dem Artikel unter obiger Überschrift in Nr. 125 des „Korr.“ hat unterzeichneter Vorsteher dieser Kasse folgendes zu bemerken:

Zunächst sei von den Zeitwörtern, die dem Artikel-schreiber unterlaufen sind, richtiggestellt, daß die Erhöhung der Skala auf 200 Mk. im Jahre 1900 nicht vom damaligen Vorstande, sondern von Herrn Bösel und Genossen beantragt war. Der Vorstand hat dann den Antrag lediglich formuliert (er wurde übrigens einstimmig angenommen). Ferner ist die Erhöhung auf 300 Mk. bereits am 1. April 1904 in Kraft getreten, nicht erst am 15. November 1908, wie Herr Hüttig schreibt. Was die Sache selbst angeht, so bin ich mit ihm der Meinung, daß die Erhöhung auf 300 Mk. im Jahre 1903 mindestens verfrüht war. Wie das Protokoll ausweist, habe ich damals bereits darauf hingewiesen, daß der Vermögensanteil der Mitglieder eine Erhöhung der Skala meines Erachtens nicht zulasse und gegen diese gesprochen. Sie wurde aber schließlich mit 37 gegen 25 Stimmen angenommen.

Gegen diese Vukanwendung des Vermögensanteils wurde eingewendet, daß dieselbe kein richtiges Bild gebe, da die übergroße Mehrheit der Mitglieder nur an den niedrigsten Sätzen der Skala teilhabe. Diefem Einwurf ist die Berechtigung nicht abzupfechen, und so habe ich seit dem Jahre 1906 alljährlich am 1. Juli berechnet, wie hoch die statumäßigen Ansprüche der Mitglieder sind und zu welchem Prozentsatze sie durch das Vermögen gedeckt werden. Das Ergebnis war folgendes (beim Vermögen ist jedesmal der Stand vom vorhergehenden 1. April angenommen):

Mitglieder	Ansprüche Mk.	Vermögen Mk.	Deckung Proz.	
1906	3580	430665	80335	18,66
1907	3900	462640	85221	18,42
1908	4288	503665	89636	17,79
1909	4699	540590	95006	17,57
1910	5064	580660	101117	17,24

Diese Ziffern habe ich in der Generalversammlung vom 15. November 1908, soweit sie damals vorlagen, bekanntgegeben, worauf geäußert wurde (wenn ich nicht irre, von Herrn Hüttig selbst): Sätte eine derartige Berechnung 1903 vorgelegen, so wäre die Erhöhung der Skala jedenfalls nicht durchgegangen.

Auch habe ich 1908 in der Generalversammlung bereits darauf aufmerkamt gemacht, daß das Vermögen zur Deckung der Ansprüche der steuerfreien Mitglieder nicht ausreicht, was Herrn Hüttig aufscheinend entgangen ist.

Nachdem nun die Erhöhung einmal angenommen ist, sollte man diese erst eine Reihe von Jahren in Kraft lassen, um die Wirkung zu beobachten.

Wenn auch die prozentuale Deckung der Ansprüche regelmäßig abnimmt, so ist zu beachten, daß der Zuwachs an Mitgliedern seit der letzten Erhöhung ein abnormer ist. Jedoch ist der Kreis, aus dem sich der Zuwachs rekrutiert, scharf begrenzt, und es sind Anzeichen vorhanden, daß der Zudrang zur Lieboldtschen Begräbniskasse seinen Höhepunkt überschritten hat. Wenn die Zahl der Eintritte wieder normal geworden ist, wird es Zeit sein, die Beiträge so zu regeln, daß die prozentuale Deckung einigermaßen konstant wird.

Das alles habe ich, soweit es damals zutrifft, in der Generalversammlung von 1908 vorgebracht. Wenn Hüttig jetzt trotzdem von gedankens- und planlosom Fortwursprung spricht, so versteht er darunter jedenfalls etwas andres als ich, ebenso wie ich über den Begriff leichterere Behauptungen vielleicht anderer Ansicht bin als er.

Bei fast allen derartigen Klagen, welche auf dem Un-lageverhältnis beruhen, erhalten die Mitglieder mehr als sie beitragen. Auch bei sämtlichen Stalen unsrer Klasse, die von 1890 an vorliegen, ist das der Fall, bei der von Hüttig angeführten vom Jahre 1868 natürlich auch! Das Plando wird von den Zinsen des Vermögens gedeckt. Was wir jedoch bis jetzt noch gar nicht nötig haben, denn wir schlagen fast regelmäßig neben den Zinsen noch einen Teil der Steuern zum Kapital. Eine direkte „Gefahr“ ist also wohl noch nicht vorhanden.

Der Vorstand kommt jedenfalls seinen Verpflichtungen nach, indem er die weitere Entwicklung scharf im Auge behält und, falls es die Verhältnisse bedingen, rechtzeitig eine Erhöhung der Beiträge beantragt. Daß er damit nicht wartet, bis ihn § 10 dazu zwingt, ist wohl selbst-verständlich.

Zum Schlusse möchte ich darauf hinweisen, daß seit 1905 dreijährige Geschäftsperioden eingeführt sind, die nächste ordentliche Generalversammlung also im November 1911 stattfindet. Bis dahin dürfte die Angelegenheit wohl noch Zeit haben.

Hoffentlich hat der Artikel des Herrn Hüttig das Gute, daß die Mitglieder sich in Zukunft mehr für die Lieboldtsche Begräbniskasse interessieren und die Versammlungen einen Besuch aufweisen, der einer Mitgliederzahl von über 5000 entspricht.

Leipzig.

Otto Krüsch.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

Zur Reichsversicherungsordnung.

Die vom Reichstag eingesetzte Kommission hat nunmehr die Regierungsvorlage in erster Lesung vollständig durchberaten. Die bereits in den beiden vorhergehenden Artikeln über die Kranken- und Unfallversicherung vorausgesetzt, ist auch bei der Invaliden- sowie Hinter-bliebenenversicherung eine wesentliche Verbesserung zugunsten der Versicherten resp. deren Hinterbliebenen nicht beschlossen worden. Die Versicherung auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen, also auch auf die Haus-

gewerbetreibenden auszudehnen, hat man abgelehnt. Nur eine Resolution hat hier Annahme gefunden. In derselben wird gefordert, der Reichstag möge beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mehr als bisher von den Vollmachten betreffend Ausdehnung der Versicherungs-pflicht auf die Hausgewerbetreibenden Gebrauch zu machen. Bis jetzt hat der Bundesrat nur die in der Tabak- und Zigarettenindustrie beschäftigten Hausgewerbetreibenden der Invalidenversicherung unterstellt. Auch hat man allgemein daran festgehalten, daß die Versicherungspflicht erst mit dem vollendeten sechzigsten Lebensjahre beginnt.

Die Reichsversicherungsordnung bringt nun weder eine Erhöhung der Invaliden- noch Altersrenten, ebensowenig ist für den Bezug der letzteren Rentte die Altersgrenze herabgesetzt worden. Welche Forderungen waren nur zu berechtigt. Die Sozialdemokraten hatten hier wesentliche Erhöhungen beantragt, dieselben wurden jedoch von allen Parteien abgelehnt. Nur wenn der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren hat, soll diese Rente für jedes Kind um ein Zehntel bis zu dem höchstens anderthalbfachen Betrage der Invalidenrente erhöht werden. Ist beim Tode des Empfängers die völlige Rente noch nicht abgegeben, so sind außer dem Ehegatten, Kindern, Eltern usw. auch die Geschwister zur Abhebung berechtigt. Dieselben sollen bezüglich der Witwen- und Waisenrente ebenfalls zur Fortsetzung des Verfahrens und zum Bezuge der bis zum Todestage fälligen Beträge berechtigt sein. Für bereits vergangene Zeit wird die Rente heute rückwärts nicht länger wie für ein Jahr gezahlt. In Zukunft soll die Zahlung auch für längere Zeiten erfolgen, sofern der Berechtigte durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen, verhindert war, den Antrag auf Rente rechtzeitig zu stellen. Die Rente kann ver sagt werden, wenn sich der Versicherte die Invalidität bei einer Handlung zugezogen hat, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorzügliches Vergehen ist. Die Verlegung bergpolizeilicher Verordnungen gilt jedoch, wie bei der Unfallversicherung nicht als ein Vergehen im Sinne dieser Bestimmung. Kranke erhalt heute derjenige Versicherte, der 26 Wochen ununterbrochen krank war, für die weitere Dauer seiner Krankheit. In Zukunft soll diese Rente auch dann gewährt werden, wenn der Versicherte vor Ablauf der 26 Wochen zwar kein Krankengeld mehr erhält, trotzdem aber noch arbeitsunfähig ist. Statt der Rente können unter gewissen Voraussetzungen auch Sachleistungen (Naturalien) gewährt werden. Beschlossen wurde hierzu in der Kommission noch, daß der Renteneempfänger damit aber einverstanden sein müsse. Die Hinterbliebenenbezüge waren in einigen Fällen von der Bedürftigkeit abhängig. Das Wort „bedürftig“ hat man, da es dem Grundgedanken der Arbeiterversicherung widerspreche, jedoch gestrichen.

Die Entziehung der Rente sollte nach der Vorlage eintreten infolge einer Änderung in den Verhältnissen des Renteneempfängers, wonach er nicht mehr Invalide sei. Auf Antrag der Sozialdemokraten beschloß jedoch die Kommission, daß die Änderung eine wesentliche sein müsse. Auf Antrag der Konservativen wurde im Anschlusse hieran noch beschlossen, daß die Rente auch entzogen werden könne, wenn sich der Renteneempfänger ohne Grund einer Nachuntersuchung oder Beobachtung in einem Krankenhause entziehe. Im Falle der Rentenentziehung soll die Einstellung nicht mit Ablauf des Monats, in welchem der Bescheid zugestellt wird, sondern einen Monat später erfolgen. Die Rente ruht, so lange sich der Berechtigte im Ausland aufhält, es sei denn, daß es seiner Gesundheit wegen geschieht. Hiervon wurde ausgenommen derjenige Ausländer, der, ohne daß er eine strafbare Handlung begangen hat, ausgewiesen worden ist. Dieselbe Bestimmung ist auch bei der Unfallversicherung eingeführt worden.

Die Übernahme des Selbstverfahrens bleibt auch in Zukunft in das Wesen der Versicherungsanstalten gestellt; ein klagbares Recht darauf haben also die Versicherten nicht. Bezugs Durchführung des Selbstverfahrens können die Versicherungsanstalten die Versicherten in einem Krankenhause oder einer Anstalt für Geseude unterbringen. Ist der Versicherte verheiratet, so bedarf es hierzu seiner Zustimmung.

Wer aus seinem Arbeitsverhältnis ausscheidet, kann sich beimutlich freiwillig weiterversichern. Die Un-marschaft auf Rente usw. erlischt nun, wenn innerhalb zweier Jahre weniger als 20 Marken verwendet werden. Die Kommission setzte diese Frist auf zwei Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Aus-stellungstage fest. Ist die Unmarschaft erloschen, so soll dieselbe erst dann wieder aufleben, wenn der Versicherte eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt und danach eine Wartezeit von 200 Beitragswochen zurücklegt. Die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung schreibt das jegliche Gesetz nicht vor. Hier ist also eine erhebliche Verschlechterung eingetreten. Für die Selbstversicherten (Kleinmeister usw.) wurde das Wiedereufleben der Unmarschaft wesentlich erschwert. Dies haben diese Leute den Konservativen, Nationalliberalen sowie dem Zentrum — die sich sonst immer als Retter und Helfer des Handwerks aufspielen — zu danken.

Bei der Invalidenversicherung ist u. a. noch auf die innere Verfassung der Versicherungsanstalten hinzuweisen. Hiernach besteht der Vorstand der Versicherungsanstalt aus beamteten und nicht beamteten Mitgliedern. Der Gemeindeverband oder die oberste Verwaltungsbehörde bestellt die beamteten Vorstandsmit-

glieder. Als nichtbeamtete Mitglieder gehören dem Vorstand auch Ratenbesitzer, also Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hier eine sehr wichtige Bestimmung eingefügt: „Ist die Zahl der beamteten Mitglieder größer als die der nichtbeamteten, so scheiden bei einem Beschlusse so viel beamtete Mitglieder aus, daß die nicht-beamteten Mitglieder in der Mehrzahl bleiben“. Hierdurch soll verhindert werden, daß die beamteten Mitglieder im Vorstande die Mehrheit bilden. Zurzeit ist dies bei den meisten Versicherungsanstalten der Fall. Endlich wurden auch noch die Funktionen des Ausschusses beim Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken erweitert. Hoffentlich werden nun in Zukunft überall tüchtige, mit der Sozialversicherung vertraute Personen als Vertreter in der Arbeitervertretung gewählt.

Im Anschlusse hieran wurde noch das fünfte und sechste Buch der Reichsversicherungsordnung durchberaten. Das erstere handelt von den Beziehungen der Versicherungsträger zueinander usw. Von diesen Bestimmungen ist als wichtigste für die Versicherten diejenige zu erwähnen, wonach die Krankenkassen den Unfallverletzten gegenüber mit Ablauf der dreizehnten Woche die Unterstützung nicht einstellen dürfen. Hierüber entstehen heute noch fortwährend Streitigkeiten zwischen den Versicherten und den Krankenkassen. Die in dieser Beziehung gefällten Entscheidungen sind leider keine einheitlichen. Erfreulich ist es deshalb, daß die Reichsversicherungsordnung an dem Grundsätze festgehalten hat, daß der Versicherte — also auch der Unfallverletzte — im allgemeinen seine Ansprüche an die Krankenkasse behält. Solange die Berufsgenossenschaft für den Verletzten nicht eintreten, haben somit die Krankenkassen nicht allein Krankenhilfe, sondern auch Krankengeld zu gewähren, und zwar eintretendenfalls bis zum Ablaufe der 26. Woche. Trotzdem hat der Verletzte von der 14. Woche ab auch Ansprüche an die Berufsgenossenschaft. Die Krankenkassen können für ihre Leistungen Ersatz aus der Unfallrente fordern, und zwar bis zum Betrage der halben Rente, die auf die Zeit fällt, für welche die Ansprüche aus Krankensekuren und Rente zusammenfallen. Ist dem Kranken während dieser Zeit vollständiger Aufenthalt in einer Anstalt gewährt worden, der nach dem Gesetze aus der Unfallrente zu ersetzen ist, so ist für die Dauer dieses Aufenthalts der Anspruch auf Ersatz bis zum vollen Betrage der Rente begründet. Hoffentlich verschwinden nach Umnahme der Reichsversicherungsordnung die vielen Streitfragen auf diesem Gebiete.

Das sechste Buch behandelt das Verfahren. Bekanntlich sind über die Rechtsprechung schon vielfach Klagen der Verletzten laut geworden. Mit Hilfe der Ärzte versuchen die Berufsgenossenschaften jede nur mögliche Kürzung der Rente, eventuell auch die Entziehung derselben. Wenn man eine Besserung nicht nachweisen kann, so sucht man sich mit dem Worte „Genügnung“ zu helfen. Während den Berufsgenossenschaften fast alle Ärzte zur Verfügung stehen, kann der Verletzte fast gar keinen unparteiischen Arzt mehr aufreiben. Leider geben sich auch noch Ärzte dazu her, gleichzeitig „zwei Herren zu dienen“, indem sie als Vertrauensärzte des Schiedsgerichts auch noch als Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften fungieren. Die Kommission nahm nun bei den Bestimmungen über die Wahl der ärztlichen Sachverständigen bei den Oberversicherungsämtern einen Zusatz an, wonach solche Ärzte, die zu einer Berufsgenossenschaft in einem Vertragsverhältnis stehen, wenn auch nur in einem vorübergehenden, stehen, nicht als Gutachter verwendet werden dürfen. Auch dies ist ein Fortschritt gegenüber dem heutigen Zustande. Weiter wurde hierbei die für die Verletzten äußerst wichtige Frage erörtert, ob in Unfallsachen an Stelle des Notars nun noch das Rechtsmittel der Revision treten sollte. Das Reichsversicherungsgesetz soll entfallen werden, auch wenn die Verletzten dabei die Geschädigten sind. Zurzeit sollen nämlich 26000 Unfallsachen im Jahre vor das Reichsversicherungsgesetz gelangen. Hier mehr Senate einzurichten, lehnte man leider ab. Der Notars wurde nun zwar beibehalten, aber dieses Rechtsmittel zum Schaden der Versicherten erheblich eingeschränkt. Im Revisionsverfahren sollen in Zukunft neue Tatsachen und Beweismittel nur dann noch berücksichtigt werden, wenn dieselben nicht früher geltend gemacht werden konnten. Für diese Beschränkung stimmten die Parteien des alten Willensbundes. Bei der zweiten und dritten Lesung wird es schwerlich gelingen, zugunsten der Versicherten noch nennenswerte Verbesserungen durchzubringen. Desto eher sind aber Verschlechterungen zu erwarten, z. B. bei der Krankenversicherung die Weiterzulassung der Betriebskassen usw. Hoffentlich gelingt es, diese abzuwehren.

Halle a. S.

M. Gildenberg.

Korrespondenzen.

Bamberg. (Fünfzigjähriges Geschäftsjubiläum.) Im Juli d. J. waren 50 Jahre vergangen, daß die „Bamberger Neuesten Nachrichten“ (Weisser Erich Spandl, Nürnberg) gegründet wurden. Nach vollständigem Umbau und Umeinrichtung der Druckerei und Secherei, die am 15. Oktober beendet war, wurde vor kurzem das Jubiläum im „Hotel Bellevue“ festlich begangen. Bei dieser Gelegenheit wurden den sämtlichen Angehörten, etwa 60 Personen, ganz beträchtliche Geldgeschenke von 10–300 Mk. überreicht. Es muß der Firma großes soziales Verständnis nachgerühmt werden.

Dresden. In der Mitglieberschaftsversammlung am 27. Oktober referierte Kollege Gustav Niemann über:

„Das Problem der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.“ Eine der wichtigsten und brennendsten Fragen unserer Zeit sei unstrittig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Leider kann bei der jetzigen regellosen Produktionsweise aller gewerblichen Erzeugnisse keinem das Recht auf Arbeit zugestanden werden, wohl aber habe die Arbeiterschaft ein Anrecht auf eine menschenwürdige Existenzmöglichkeit. Darum hat auch der Staat wie die Gemeinden die unabwiesbare Pflicht, wenigstens nach Möglichkeit für eine Milderung der Schäden der Arbeitslosigkeit einzutreten resp. Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Von den unterschiedlichsten Versuchen mit Einführung einer Arbeitslosenunterstützung kann für die Arbeiterschaft nur das Genet System in Frage kommen, das sich nicht nur auf voller paritätischer Grundlage aufbaue, sondern auch, da nur ein Zuschuß zu den Unterhaltungen der Gewerkschaften geleistet werde, deren Selbständigkeit in keiner Weise in Frage stelle. Alle anderen Vorschläge, z. B. eine Anklammerung an die Berufsgenossenschaften, Invalidenversicherungsgesetz usw., müssen abgelehnt werden, da die Arbeiterschaft zu wenig Einfluß auf deren Verwaltung habe. Die endgültige Regelung der Frage der Arbeitslosigkeit durch den Staat müsse mit allen Kräften angestrebt werden. Es sei die große soziale Frage unserer Zeit und genau so wichtig wie die Versicherung gegen Krankheit und Invalidität. Hieran schloß sich eine kurze Diskussion. Kollege Hahn erstattete den Kartellbericht. Auch das Gewerkschaftskartell beschäftigte sich eingehend mit dem Probleme der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Um Material zu sammeln, wird jeden Monat eine Statistik über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gewerkschaften veröffentlicht. Ebenfalls unterrichtet werde durch das Kartell die Vereinigung aller Dresdner Konsumvereine zu einem einzigen großen Vereine, der dann noch viel besser in der Lage sein wird, dem Grundsätze „Gute und billige Ware“, Rechnung zu tragen und seinen Mitgliedern Vorteile zu sichern. Kollege Wendische wies nochmals darauf hin, daß unsere Mitglieder überall da, wo versucht wird, eine Arbeitsordnung einzuführen, die nicht dem Tarif entspricht, sofort die Tarifinstanzen anzuregen haben. Für uns Buchdrucker kann nur das selbstgeschaffene Gesetz, Tarif und Kommentar, maßgebend sein. Einzelne Vertrauensleute fehlten in der letzten Vertrauensmännerversammlung. Sie werden hiermit an ihre übernommenen Pflichten erinnert.

Fürth. Unse am 1. November abgehaltene Monatsversammlung erstreckte sich eines ziemlich guten Besuchs. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß Kollege Weichmidt (Nürnberg) einen fünfviertelstündigen Vortrag über: „Der Kampf der Unternehmerorganisationen gegen die Arbeiter“, hielt. Der Referent verstand es, in seinem Vortrage das Interesse der Kollegen auf seine Ausführungen zu lenken und wurde ihm vom Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen. Nach Erledigung einiger Interna schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß die nächsten Versammlungen ebenso zahlreich besucht sein möchten.

Leipzig. (Verein der in Schriftgießereien Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Die am 26. Oktober abgehaltene, äußerst zahlreich besuchte Versammlung ehrte die verstorbenen Mitglieder Müller, Wendt und Leipnitz in üblicher Weise. Der Vorsitzende behandelte verschiedene tarifliche Fragen in eingehender Weise, hierbei mittelend, daß einige Fälle das Tarifschiedsgericht beschäftigen werden. Kollege Niemele hielt sodann einen sehr lehrreichen und zeitgenössischen Vortrag über: „Brüßel und die Weltausstellung“, erläutert durch Lichtbilder. Da im „Korr.“ bereits eingehend über dieses Thema berichtet wurde, erübrigt sich ein Eingehen auf diesen Vortrag, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Dem Vorschlage des Vorstandes, das Stiftungsfest am 11. Februar in der „Grünen Schänke“ stattfinden zu lassen, wurde debattellos zugestimmt und alles Nähere hierzu dem Vorstand überwiesen.

H. Mainz. Die Bezirksversammlung vom 30. Oktober hatte sich zahlreiche Besuch zu erfreuen. Nach dem Rapporte waren zehn Kollegen krank und 30 konditionslos. Aber trotz dieser dauernden Überfüllung des Arbeitsmarktes können es verschiedene hiesige Firmen nicht über sich gewinnen, ihre Bedarfe bei dem Arbeitsnachweise zu decken, der in der Lage wäre, brauchbare Kräfte zu vermitteln. Mein, man holt seine Leute von auswärts und ist dann sicher, daß zu erhalten, was man wünscht — oder auch nicht —; nur, dann ist die Gastrole eben nur kurz und der Verband unterstützt ja seine Mitglieder! Es lagen drei Aufnahmegeruche vor, die durch die Versammlung, vorbehaltlich nicht etwa eingehenden Protests, befürwortet wurden. Wegen die in Wiesbaden vollzogene Wiederaufnahme eines Kollegen beschloß die Versammlung Protest einzulegen. Eine freiwillige Sammelliste zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl ergab den Betrag von 66,15 Mk. Beschlossen wurde ferner, durch Herrn Ingenieur Treum im Januar einen Vortrag halten zu lassen, desgleichen soll unser Kreisvertreter zu einem Referat über die Ergebnisse der laufenden Tarifperiode ersucht werden. Am 23. Oktober fand in Ludwigshafen eine Konferenz der Bezirksvorsteher des Gau's Mittelrhein statt. Der Vorsitzende berichtete in eineinhalbstündigem Referat über die gepflogenen Verhandlungsgegenstände. Die anschließende lebhafteste Diskussion bewies das Interesse, mit welchem die Anwesenden den Bericht verfolgten. Es folgte nun der Punkt: „Tarifliche Angelegenheiten“. Für einen Kollegen, der während seiner Krankheit die Kündigung erhielt, beantragte die Versammlung die Gemagregeltenunterstützung, da die Kollegen die Überzeugung gewonnen, daß nur dessen frühere Tätigkeit als Vertrauens-

mann die Ursache seiner Mißbildung sein könne. In demselben Druckerei wurde nun kürzlich einem weiteren Kollegen gekündigt, es liegt auch in diesem Fall eine Maßregelung vor. Die Sache wird das Schiedsgericht beschäftigen. Daß diese Vorkommnisse eine ausgiebige Debatte auslösten, in der die Verhältnisse bei betreffender Firma genauer beleuchtet wurden, liegt auf der Hand. Wenn man bedenkt, daß diese Firma bei jedem Lapsum, der einem Gehilfen unterläuft, gleich mit Lohnabzügen bei der Hand ist, bei jeder Kleinigkeit zum Kadi läuft, die am Ort arbeitslosen Gehilfen als größtenteils unbrauchbar erklärt, ihre Kräfte von auswärts bezieht, um sie nach kurzer Zeit aufs Pfaster zu werfen, den in vernünftiger Absicht gemeldeten Gehilfenvertreter brüskt ablehnt, dann ist es begreiflich, wenn der Langmut der Gehilfen endlich reißt und strikte Änderung der Mißstände gefordert wird. Die Versammlung beschloß daher, mit Hilfe der tariflichen Instanzen entsprechende Schritte gegen die Firma in aller Kürze zu unternehmen.

München. (Hauptlehrer Martin Kaiser +.) Wer sich dieses Namens nicht erinnert, für den wollen wir hinzufügen, daß sein Träger 27 Jahre Chormeister des Männergesangsvereins „Typographia München“ war, dann wird mir gewiß, daß seiner viele Hundert Kollegen in allen Gauen in alter Anfänglichkeit und Verehrung gedenken. Schon dieser Zeitraum von 27 Jahren des Zusammenarbeitens mit all seinen wechselreichen organisatorischen, beruflichen und politischen Ereignissen, denen auch unsre „Typographia München“ Stand zu halten hatte, verbürgt das Verständnis und die Anteilnahme des Verstorbenen an unserem Buchdruckerleben. Er hat sich mit uns in den schwierigsten Zeiten in den Diensten unsrer Sache gestellt, unbümmend um die für seine gesellschaftliche Stellung darans entstehenden Konsequenzen. Zu den Aufgaben eines Kollegenvereins, auch in ersten Tagen dem Frohsinn zu seinem Rechte zu verhelfen, trug Martin Kaiser sein redlich Teil bei. Wer erinnerte sich nicht der humorvollen Einlagen, mit denen er oft unsre Vereinsabende würzte! Auch die Delegierten der Verbandsgeneralsversammlung 1902, die uns zum Teil im Vereinsstolz besuchten, erzielten Proben seines köstlichen Humors. Von den Kompositionen Martin Kaisers nennen wir nur zwei charakteristische: den Gutenberghor „Die Sonne, der wir längst geharrt“ mit dem Refrain „Zur Wölter wachtet auf! — ein wirkungsvoller, erster Chor, der unter persönlicher Direktion des Komponisten beim Bayerntag in Nürnberg von allen beteiligten Gesangsvereinen gemeinsam zum Vortrage kam und seither in vielen Kollegenvereinen die Runde macht — und eine humoristische Gavothe „Die neue Steuer“, ein immer aktuelles Thema, das der Satire nicht entbehrt. Nun hat auch dieser Freund der heiteren Muse für immer die Augen geschlossen! Ein Leberleiden hat seinem Schaffen und Wirken, erst 52 Jahre alt, ein rasches Ende bereitet — zum Leid aller Frühlinge. Seine Leiche wurde (die erste unter den bayrischen Volksschullehrern) zur Feuerbestattung nach Ulm überführt. Was ihm infolge dessen die Weltlichkeit versagte, ersetzten ihm weit wirkungsvoller seine Freunde aus allen Gesellschaftskreisen und unsre Kollegen im besonderen durch ehrende Nachrufe und Kranzwidmungen. Friede seiner Asche!

Nürnberg. Wie bereits in der letzten Versammlung, so mußte der Vorsitzende Weichmidt auch in der Mitgliederversammlung vom 25. Oktober wiederum, bevor in die eigentliche Tagesordnung eingetreten wurde, auf die Übertretungen der Krankenvorschriften hinweisen. Zum zweiten Male mußte ein Kollege deshalb bestraft werden. Nach Aufnahme verschiedener Mitglieder, Verlesen der Vertrauensmänner und Behandlung einiger örtlicher Angelegenheiten hielt Kollege B. Kolb einen Vortrag über: „Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften und welche Lehren ziehen wir daraus für die kommende Tarifbewegung.“ Ausgehend von der Bauarbeiteraussperrung und der angedrohten Metallarbeiteraussperrung zeichnete er ein Bild des Entwicklungsganges der Gewerkschaftsbewegung und der Situation, wie sie gegenwärtig im Buchdruckgewerbe sei, und schloß mit der Aufforderung zur Einigkeit und regen Mitarbeit sein eineinhalbstündiges Referat. Über die Vereinigten Gewerkschaften berichtete Kollege Arbacia, und zwar ausführlich über den sogenannten Fall Gattel, den man eigentlich „Fall Fench“ heißen müsse. Kollege Meyer gab sodann noch ein kurzes Bild über die geplante Weihnachtssfeier und wurden auf dessen Anregung 250 Mk. dazu genehmigt. Einige Bemerkungen über die Bibliothek, die sich jetzt Breite Gasse 25/27, Mittelbau, I. Stod, gegenüber dem Arbeitersekretariat befindet und am 9. November wieder eröffnet wird, nachdem sie jetzt eine bedeutende Erweiterung und Verbesserung erfahren hat, brachten den Schluß der Versammlung.

Dffenbach. (Verein aller in Schriftgießereien Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Die letzte Versammlung ehrte zunächst das Andenken der beiden verstorbenen Kollegen Jean Fridel und Otto Waag in üblicher Weise. Eine lebhafteste Debatte veranlaßte ein tariflicher Zwischenfall in einer größeren Gießerei, der unsren Mitgliedern zur Lehre dienen und zu gegebener Zeit als Material verwendet werden soll. Betreffs des in Offenbach-Frankfurt bestehenden Tarifschiedsgerichts für Schriftgießer war die sehr gut besuchte Versammlung gegen eine Stimme für dessen Aufhebung. Es sei vorgekommen, daß von Gehilfen eingereichte Klagen erst nach viertel, halbjährlicher und längerer Zeit verhandelt wurden. Beim Punkte: „Situationsbericht der Gießereien“, wurde die Nichterhaltung der bundesrätlichen Bestimmungen betreffs staubezeugenden Strehens während der Arbeitszeit sowie der Nichterneuerung des

Defens- und Wandanstrich der Arbeitsräume und der mangelhaften Ventilation, scharf verurteilt. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten beschloß die Versammlung.

Stettin. Auf eine fünfzigjährige Tätigkeit im Beruf konnte am 2. November der Korrektor Gustav Reinke zurückblicken. Dem Jubilar, seit 1891 bei der Firma F. Heffenland, G. m. b. H., tätig, wurde durch den Mitinhaber Herrn Franz Meyer, der in einer Ansprache der treuen Arbeit des Jubilars gedachte, eine goldene Uhr mit Kette sowie im Namen des Deutschen Buchdrucker-Vereins ein Gedenksblatt überreicht. Der bei der gleichen Firma beschäftigte Kollege Ernst Splittgerber konnte am 8. Oktober auf eine 40jährige treue Verbandszugehörigkeit zurückblicken.

Rundschau.

Der Gehilfenprüfung in Stettin unterzogen sich elf Seher und drei Drucker; neun Seher waren aus der Provinz. Von den Sehern erhielten fünf die Note „Gut“ und sechs „Genügend“; zwei Drucker erhielten das Prädikat „Gut“ und einer „Genügend“.

Eine Ferienenzziehung aus Hamburg gemeldet. Es ist die Buchdruckerei Hermann Kampen, die von dieser unsozialen Maßnahme Gebrauch machte. Öffentlich ist diese Entschädigung keine dauernde.

Die Antimonvergiftung als neue Seherkrankheit. Das Journal für die gesamte Graphik „Buchkunst und Buchgewerbe“ brachte in seiner Nr. 20 die Mitteilung, daß von zwei Ärzten, Dr. Schrumph und Dr. Jöbel, eine neue Buchdruckerkrankheit entdeckt wurde, die sie mit dem Namen Antimonvergiftung belegten. In dem Bericht wird darüber folgendes gesagt: Bei den Schriftsetzern einer großen Druckerei war den beiden Ärzten aufgefallen, wie selten sich die bei Schriftsetzern angeblich so häufige Weibergiftung zeigte. Dagegen war ein anderes Krankheitsbild bei einer größeren Zahl der Angestellten aufgetreten, das der Hauptsache nach in Klagen über Nervosität, Schlaflosigkeit, Schwindelgefühl, Kopfschmerz, rheumatischen Beschwerden mannigfacher Art, Brechneigung, Magen- und Darmstörungen und Stuhlverstopfung bestand. Betroffen waren meist jüngere Arbeiter im Alter von 15—35 Jahren. Zuerst wurde an Weibergiftung gedacht, die nähere Untersuchung ergab aber, daß ein Bestandteil des Blutes, die weißen Blutzellen, auffällig vermindert waren, und daß dies auf eine Antimonvergiftung zurückzuführen ist. Es werden davon etwa 20 Proz. der Schriftsetzer befallen, meist jüngere Leute bis etwa zum 30. Jahre, bei Arbeitern über 42 Jahre ist sie bisher noch nicht gefunden worden. Es scheint, als ob sich allmählich eine Angewöhnung an das Gift einstellte. Daß solche Anpassung an Gifte häufiger stattfindet, ist ja vom Alkohol, Tabak, Morphium u. a. jedermann bekannt. Das Leiden nimmt im allgemeinen einen guten Verlauf; Aussetzen der Arbeit für zwei bis drei Wochen, reichlicher Milchgenuß und fleißige Bewegung in freier Luft genügen meist, um alle Beschwerden zu beseitigen. Nur in seltenen Fällen ist die Erkrankung hartnäckiger. Vielleicht wird sich jetzt, nachdem erst die Aufmerksamkeit darauf gelenkt ist, herausstellen, daß eine Anzahl als Weibergiftung betrachteter Fälle eigentlich als Antimonvergiftung anzusehen ist.

Im Deutschen Buchgeweremusium in Leipzig ist vom 1. November bis 1. Dezember eine Ausstellung von alten und neuen Verleger- und Druckermarken zu sehen, die den Sammlungen des Buchgeweremusiums entstammen. Die Ausstellung ist gleich den übrigen Ausstellungen an den Wochentagen von 9 Uhr bis zum Eintritte der Dunkelheit und an den Sonntagen von 11—12 Uhr geöffnet. Der Eintritt zu den Ausstellungen des Buchgeweremusiums ist frei.

Reformen in den Zigarrenpadungen nach der modernen graphischen Richtung hin, wie sie in letzter Zeit in Fachkreisen angeregt wurden, sind gar nicht so leicht durchzuführen, und zwar weniger aus technischen Gründen als vielmehr aus Rücksicht auf die Rundschaff. Dafür brachte der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ ein drastisches Beispiel. In einer Provinzdruckerei, in der u. a. auch Padungen in Schwarzdruck für eine bekannte Tabakfabrik hergestellt wurden, sollte ein altes, gar zu abgegriffenes Mißgeschick für eine besonders in ländlichen Kreisen gern gerauchte Marke durch ein besseres ersetzt werden. Der Tabakfabrikant war damit einverstanden, nicht aber der Raucher. Sie besaß nun nachher, das sei nicht mehr die „richtige“ Sorte und waren nur schwer davon zu überzeugen, daß diese etwas verjüngte Umhüllung noch den alten Kanaker enthalte.

Eines der ersten Druckerer Peter Schäffers wurde beim Umzüge der großen Bostoner Bibliothek Social Law Library in einem Stapel unansehnlicher Bücher gefunden. Es sind: „Die Institute des Justinian“ aus dem Jahre 1472. Dieses aus in Deutschland überaus seltene Buch wurde von Joh. Fuhs Schwiegerjohn Peter Schäffers in Mainz gedruckt, der nach dem Tode seines Schwiegervaters dessen Druckerei fortführte. Bei dem Umzüge der Bibliothek in das neue Gebäude wurden noch etwa 500 andere alte wertvolle Bücher gefunden, die jetzt in der neuen Bibliothek in einem besonderen eisernen Bücherstall aufbewahrt werden sollen.

Tollischer Treppensturz. In Meerane stürzte der 35 Jahre alte Seherkollege Fuhrmann die Treppe herab

und erlitt einen Schädelbruch, der seinen Tod herbeiführte.

Zu § 11 des Pressgesetzes. Das Amtsgericht Bochum hat entschieden, daß eine Verächtigung an die persönliche Adresse des Redakteurs zu richten ist, wenn dieser für deren eventuelle Nichtaufnahme verantwortlich gemacht werden soll. Begründend wurde dazu ausgeführt, daß die Redaktion einer Zeitung sich aus mehreren Personen zusammensetzt und es sei fraglich, ob der verantwortliche Redakteur eine Verächtigung erhalte, welche an die Redaktion gerichtet sei.

Angabe einer unrichtigen Abonnentenziffer als unlauterer Wettbewerb bestraft. Das Schöffengericht zu Tharandt verurteilte den Verleger des „Tharandter Anzeigers“ zu 70 M. Geldstrafe oder sieben Tagen Haft, weil er in einem polenischen Artikel gegen ein Konkurrenzblatt die Auflage des „Anzeigers“ um mehr als doppelte Höhe angab, als er in Wirklichkeit hatte.

Wegen des neuen Urteils im Rabbodprozess der Bodmer-Strassammer wurde Revision angemeldet.

In S. Petknäpshen getreten haben wir wieder einmal bei einigen „christlichen“ Arbeiterverführern, weil wir u. a. in Nr. 122 unter der Signatur „Die christlichen Gewerkschaften unter römischer Hierarchie“ besondere Wünsche des Papstes bezüglich der konfessionellen Haltung der deutschen „christlichen“ Gewerkschaften usw. vortragen zu deutlich präzisieren haben. Die M. Gladbacher Wäschzettelfabrik versucht es nun, uns durch eine merkwürdig irrierte Schimpfepistel, die von christlicher Wahrheitsliebe weiter entfernt ist als die Erde vom Monde, zu belehren, daß wir auf dem Holzwege seien, wenn wir annehmen würden, der Papst habe irgendwelchen maßgebenden Einfluß auf die deutsche christliche Arbeiterbewegung. Gut, gut, wir haben uns geirrt, glücklich verjagen und — die Zukunft wird alles weitere lehren!

Bureaucratie und Arbeiterbewegung. Unter dieser Signatur brachte die Wochenchrift für Politik, Literatur und Kunst „Die Hilfe“ in ihrer Nr. 44 eine so treffende Kennzeichnung der reaktionären Haltung der Regierungsbehörden gegenüber der modernen Arbeiterbewegung, daß wir glauben, diese Stimme aus der Wüste der bürgerlichen Zeitungen auch in den Spalten unfres Organs zu Worte kommen lassen zu dürfen. Es heißt da: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß unsre gesamte Bureaucratie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung mit kühler Gleichgültigkeit, wenn nicht mit Mißtrauen und Ablehnung gegenübersteht. Nicht nur kleinere lokale Ereignisse im Leben der Arbeiterorganisationen pflegen die örtlichen Behörden stolz zu ignorieren, sondern auch große, wichtige und für das Wirtschaftsleben Deutschlands bedeutungsvolle Beratungen und Versammlungen werden fast regelmäßig von den zuständigen Stellen“ geschnitten. Wenn aber einmal ein Mann wie Pofadowsky gemagt hatte, einen seiner Räte zu einem Gewerkschaftskongress zu entsenden, dann waren ihm die scharfmadefische Organe bei der Arbeit, solche Ausnahmefälle scharf zu kritisieren. In den letzten Jahren hat man überhaupt nichts mehr davon gehört, daß die hohen Reichs- und Staatsbeamten in den großen Veranstaltungen der zentralen, madtwollen Gewerkschaftsorganisationen anwesend oder auch nur vertreten gewesen wären. Mit einer Ausnahme! Als vor kurzem die Gelben in Magdeburg zu ihrer mißgünstigen Verständigungskonferenz, über die wir schon berichtet haben, versammelt waren, waren der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der Regierungspräsident, der Magdeburger Polizeipräsident, verschiedene Juristen und ein Pastor zur Begrüßung erschienen. Alle diese hochmögenden Herren hielten diese nur durch Unternehmerschutz und Strebertum künstlich geschaffene „Organisation“ mit ihren 200 sich gegenseitig bekämpfenden Vertretern für wichtig genug, um sie mit ihrer persönlichen Anwesenheit und hohen Gümmerschäft zu beglücken. Der Regierungspräsident erklärte fogar, daß die Arbeiten der Konferenz ein „vorbildliches und Gott wohlgefälliges Werk“ seien. Man kann für solche grobe Verleumdung der realen Mächte im Gewerkschaftsleben natürlich kein andres Motiv als Unkenntnis der wirklichen Organisationsverhältnisse annehmen. Wer das Zweimillionenheer der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vornehm ignoriert, aber die armselige Spottgeburt einer Organisation, wie sie die „vaterländischen“, „reichstreuen“, „nationalen“ gelben Arbeitervereine und Verbände mit noch nicht 100000 Mitgliedern besitzen, für vorbildlich und Gott wohlgefällig erklärt, dem fehlen tatsächlich die allereinfachsten Kenntnisse über unsre moderne Arbeiterschaft. Nun könnte man sich ja, wenn ein beliebiger Privatmann solche Verstandlosigkeit bezugst, aufsuchend oder spottend darüber hinwegsehen. Wenn aber unsre höchsten Verwaltungsbeamten sich so gänzlich ununterrichtet oder falsch unterrichtet zeigen, so ist das keine Privatangelegenheit mehr, sondern eine Angelegenheit des Staats, die die allerhöchste Kritik herausfordert. Unsre höheren Beamten haben nicht nur ihr persönliches Bildungsinteresse, sondern das eminente Staatsinteresse wahrzunehmen und sich über diejenigen Mächte zu informieren, die im modernen Wirtschaftsleben ausschlaggebend sind. Wie können sie sonst die richtigen Maßnahmen treffen und die richtige Handhabung der Gesetze und Verordnungen garantieren, die doch in ihre Hand gelegt sind. Bureaucratismus ist überall vom Ubel, aber an wenigen Stellen kann er so verderbend auf das Vertrauen der breiten Volksmassen, auf die Staatsgesinnung weiter Kreise des Bürgertums wirken, wie da, wo er sich ohne Kenntnis realer Verhältnisse in das moderne Wirtschaftsgebiete

mit seinen unhaltbaren Urteilen hineinbegibt.“ Dem haben wir nicht mehr viel hinzuzufügen. Es scheint uns nur, daß hier dem Begriffe Bureaucratismus mehr Bedeutung beigelegt wird, als ihm trotz seiner Gemeingefährlichkeit von Rechts wegen zukommt. Denn was in Wirklichkeit die allgemein ablehnende Haltung der Behörden den Gewerkschaften gegenüber bedingt, ist nicht schlechtweg Bureaucratismus oder Bequemlichkeit, sondern wohlberednete und absichtliche Tendenz. Denn die Umstir der oberen Regierungsbehörden, insbesondere die der regierenden Personen heutiger Zeit, wird nur jenen zuteil, die sich als starke Männer gegen die freie Gewerkschaftsbewegung zeigen, während alle Beamten, selbst die höchsten, mit Amtsenthaltung, Verletzung und sonstigen Schlägen auf das Ohrgefühl oder den Magen zu rechnen haben, wenn sie den Mut zeigen, auch der Gewerkschaftsbewegung ihr Recht im Staatsleben einzuräumen zu wollen. Wo solche episthische „Vaterlandsliebe“ geübt wird, kann keine andre Frucht geltehen als die des widerlichsten Servilismus und brutaler Unterdrückung idealer Volks- und Menschenrechte.

Gewerkschaftsnachrichten aus dem Ausland. In Frankreich werden für die vielen Opfer des Eisenbahnerstreiks von den Organisationen allgemeine Sammlungen veranstaltet. Über den Ausfall an Einnahmen auf der Staatsbahn und den andren französischen Eisenbahnlirien durch den Streik brachte das französische Amtsblatt folgende Zusammenstellung: Danach betrug der Ausfall bei der Staatsbahn 1040000 Fr. oder 23,6 Proz., bei der Nordbahn 971000 Fr. oder 17,6 Proz., bei der B. N. M. (Paris-Nyon-Mediterrané) 490000 Fr. oder 4,7 Proz., bei der Orléansbahn 371000 Frants oder 6,6 Proz., bei der Ostbahn 320000 Fr. oder 6,4 Proz. und bei der Südbahn 187000 Fr. oder 8,2 Proz. Die genannten Linien haben also insgesamt durch den Streik einen Einnahmeverlust von 3/4 Millionen, genau von 3379000 Fr. zu beklagen. Wie groß daneben die Verluste der Industriellen, der Kaufleute und Landwirte sind, ist unberechenbar. Für den Monat August d. J. verzeichnete das französische Arbeitsamt für das ganze Land 146 Streiks gegen 81 im August 1909 und durchschnittlich 70 in den letzten fünf Jahren. Beteiligt waren an diesen 146 Streiks 20772 Arbeiter. Für die Berichtszeit war nur eine Absperrung zu verzeichnen. — Aus England wird gemeldet, daß das Abereinkommen zur Beendigung der Absperrung in der Schiffsbauindustrie von den Arbeitern mit 14079 gegen 3760 Stimmen abgelehnt wurde. Der Streik der Bergarbeiter in Südwales droht zu einer Spal. um der Organisation auszuarten, da die Leitung des Verbandes die Bewegung nicht billigen kann. — In den Vereinigten Staaten nehmen alle Arbeitskämpfe immer scharfere Formen an. Der Streik der Gepädkträger und Straßenbahner in Newyork hat zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden geführt. Mehrere Hundert Verwundete mußten in den Hospitalern Aufnahme finden. Dagegen haben die Tapezierer ohne Arbeitsniederlegung eine Lohnerrhöhung von 4 auf 4 1/4 Dollar pro Tag erzielt. In Chicago streikten 25000 Kleidermacher wegen Lohnerrhöhung und Anerkennung der Organisation. In Tampa (Florida) befinden sich 8000 Zigarrenmacher im Ausstand. — In Perth (Australien) erreichten die Straßenbahner den Achtstundentag. Nicht ein einziger Streibbrecher war aufzutreiben. — In Spanien soll wieder ein Generalstreik im Gange sein. — Die Streibebewegung in Rußland hat nach Mitteilungen der Fabrikinspektoren ganz erheblich abgenommen. Die Zahl der Streiks betrug im vorigen Jahre nur noch 340 gegen 892 im Jahre 1908 und die Anzahl der Streikenden ging von 176000 in dem zuletzt genannten Jahre auf 64000 zurück. Ganz besonders verringert hat sich die Zahl der politischen Streiks, und zwar von 464 im Jahre 1908 auf nur 50 im vorigen Jahre. Die Erklärung für diesen Rückgang ist nicht etwa darin zu suchen, daß die russischen Unternehmer den Wünschen der Arbeiter besser entgegenkommen als früher, sondern auf brutale Unterdrückungsmaßregeln der Regierung, die auch in Rußland sich als Handlanger des Unternehmertums fñhlt.

Der Moabiter Kramallprozess, der dieser Tage vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kommen wird, dürfte sehr große Dimensionen annehmen und voraussichtlich etwa drei Wochen dauern. Achtunddreißig Personen sind des Widerstands gegen die Staatsgewalt, der Teilnahme an öffentlicher Zusammenrottung, Verleumdung und Bedrohung angeklagt. Etwa 400 Zeugen, davon allein 220 von den Verteidigern, sind geladen. Ferner ist aus dem gleichen Vorgänge auf dem 17. November ein Termin vor dem Schwurgericht angesetzt zur Verhandlung derjenigen Fälle, die wegen Aufrehr und Landfriedensbruch vor die Geschworenen gestellt werden müssen.

Briefkasten.

E. M. in Bamberg: Wird schon einmal werden. Bis jetzt aber noch nichts in Sicht. Frdl. Gruß — A. in B.: Sachen ganz nett. Nur weiter so! Verwusste Bemerkung ist als Äußerung und Urteil eines hervorragenden Fachmanns verwendet worden, dem Personen und Vorwommnisse von damals vollständig fremd sind, der vielmehr in ganz andrem Zusammenhange jene Arbeiten und Leistungen zu verfolgen und zu beurteilen Gelegenheit hat. Person und Sache müssen immer zwei Dinge bleiben. Besten Gruß — F. R. in G.: Durch R. Siegl, München 9, Gieselftraße 3, zu beziehen. — A. L. in Stettin: 1,85 Mt.

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Bilanz am 30. September 1910.

Einnahmen.

Ausgaben.

An Saldo vortrag vom 30. Juni 1910	M	G	
" Eintrittsgeld, Beiträgen, Zinsen usw.	7802067	96	
	897289	89	
Sa.		8699357	85

Per Unterstühtigen, Verwaltung ufm.	M	G	
" Saldo vortrag für 1. Oktober 1910	691403	29	
	8007954	56	
Sa.		8699357	85

Der Saldo von 8007954,56 M. setzt sich zusammen aus 7763446,96 M. in Wertpapieren, deren Kurswert 7716618,36 M. beträgt, 42195,54 M. in bar und 202312,06 M. Vorschuß in den Gauen (143312,06 M. zurückbehalten und 59000 M. bar gefandt).
Berlin, den 25. Oktober 1910.

Wertpapieren, deren Kurswert 7716618,36 M. beträgt, 42195,54 M. in bar und 202312,06 M. Vorschuß in den Gauen (143312,06 M. zurückbehalten und 59000 M. bar gefandt).
Berlin, den 25. Oktober 1910.

Gustav Eißler, Kassierer.

Vorstehender Kassenbericht ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Lagerstellenbestand von 131408,77 M. in Belegen und Kasse festgestellt worden.
Berlin, den 30. Oktober 1910.

Vorstehender Abschluß wurde von mir geprüft und ist mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung gefunden.
Berlin, den 1. November 1910.

Die Revisionskommission:
Eugen Wegus. E. Gorbian. Alfred Wielepp.

Wag Senninger, gerichtlicher Bücherrevisor
beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.

Quittung über im 2. Quartale 1910 in den Gauen eingegangene und verausgabte Gelder.

Gau	Einnahmen						Ausgaben																			
	Eintrittsgeld	Debitische Beiträge	Ordnungs- strafen	Ver- resp. Zufuß pro 2. Quartal 1910	Zusammen		Unterstütz. an Diebstende	Unterstützung an Arbeits- loje	Unterstützung nach § 2 der S. Beschluß- ungsmittel	Unterstützung an Kranke	Unterstütz. an Zuvaliden	Vergütungs- geld	Verwaltung ufo.	Zurückbehalt. Verrechnung pro 2. Quartal 1910	In die Kasse eingeliefert											
	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G						
Bayern	74	—	62062	15	29	—	26165	15	10539	80	11495	75	713	—	19779	50	7746	25	769	20	3126	09	6000	—	1995	50
Berlin	124	—	141253	80	137	60	141515	40	1421	30	45721	—	608	50	55370	60	14673	50	6150	—	7075	75	10000	—	494	75
Dresden	17	—	20361	08	—	—	23378	08	1599	30	7967	25	297	—	9380	—	4283	25	1150	—	1468	50	2000	—	1232	78
Elfaß-Lothringen	9	—	14710	30	6	80	18727	77	1087	40	22529	25	236	—	5241	60	1410	50	300	—	786	30	7456	72	—	—
Erzgebirge-Vogtland	17	—	19321	50	3	—	23341	50	1777	75	5242	25	232	—	2888	20	848	—	—	—	968	05	6000	—	5385	25
Frankfurt-Hessen	42	—	33493	30	—	—	39540	30	2190	85	5174	75	690	—	9526	80	1355	—	1000	—	3177	02	7000	—	6925	88
Hamburg-Altona	13	—	30943	60	4	20	30960	80	972	—	11977	—	470	—	5824	—	2866	50	1461	—	1548	05	5000	—	842	—
Hannover	17	—	32673	70	5	60	34696	30	4148	25	6291	—	348	—	6613	40	5269	25	560	—	1634	54	4000	—	5891	86
Leipzig	17	—	66128	70	12	—	66157	70	1446	70	23359	25	2933	—	20760	60	9229	—	2000	—	3307	90	—	—	3071	25
Mecklenburg-Vorpommern	4	—	8408	50	—	—	8876	65	835	20	1425	75	255	—	1938	10	1683	50	—	—	420	60	1518	50	800	—
Mittelrhein	35	—	39428	85	5	—	39468	85	2912	30	7194	—	819	—	10599	32	4111	75	700	—	2048	45	9500	—	1584	03
Nordwestf.	21	—	15590	30	9	—	19620	30	1262	—	1989	50	135	—	3991	60	1228	50	250	—	781	02	5000	—	4982	68
Oberrhein	10	—	18403	80	—	—	23413	80	2883	65	2469	50	182	—	5216	10	1350	—	850	—	978	44	9000	—	484	11
Ober	49	—	25694	45	—	—	30743	45	2520	15	6035	—	465	—	6037	53	1371	25	700	—	1289	20	10000	—	2325	32
Osterrhein	28	—	28190	50	19	95	32233	45	2976	45	4203	25	544	—	7154	50	2204	—	1450	—	1410	20	6000	—	6296	05
Pfalz	10	—	8290	90	—	—	8300	90	190	35	2303	—	119	—	2143	40	1615	25	550	—	414	98	964	92	—	—
Rheinland-Westfalen	8	—	5882	60	9	80	1269	73	7170	13	381	20	1184	25	1990	80	489	10	—	—	296	53	2369	79	423	46
Sachsen	115	—	96863	80	—	—	96978	80	5760	20	15816	75	1295	—	22596	63	3176	—	2259	40	4848	94	20000	—	21225	83
Salzburg	33	—	38658	20	10	60	4863	14	43564	94	1816	25	10104	75	9196	60	1937	75	1000	—	1935	09	10734	50	6191	—
Schlesien	31	—	29358	20	22	40	33411	60	1635	10	9938	25	408	—	7866	20	4591	50	1750	—	1468	20	4982	85	636	50
Schleswig-Holstein	8	—	12818	30	—	—	14826	30	1189	35	2658	50	301	—	3279	30	1389	25	100	—	640	50	4300	—	968	40
Südwestf.	2	—	6322	40	22	40	6537	43	259	95	1052	75	25	—	1051	40	409	50	100	—	317	24	1871	59	1500	—
Württemberg	48	—	41268	75	6	40	4596	16	45919	31	1510	25	7783	75	13023	30	5669	75	850	—	2066	07	4613	19	10000	—

Anmerkung: Die Rückzahlungen sind den ordentlichen Beiträgen, die sonstigen Ausgaben in den Gauen den Verwaltungskosten hinzugerechnet. — Gesamtzahl der zahlenden Mitglieder: 62032.

Bewegungsstatistik des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im 2. Quartale 1910.

Gau	Eingang der Anmeldung	Mittglieder aus des 1. Q. u. 1910	Neu eingetreten	Aus- getreten	Sum Mittgl. Stand 30. Sept.	Bilanz- Ziffer	Sum Mittgl. Stand 30. Sept.	Bilanz- Ziffer	Sum Mittgl. Stand 30. Sept.	Bilanz- Ziffer	Sum Mittgl. Stand 30. Sept.	Bilanz- Ziffer	Sum Mittgl. Stand 30. Sept.	Bilanz- Ziffer	Konditionslos am Orte		Vorübergehend Erwerbsunfähige		
															Mittgl.	Tage	Mittgl.	Tage	
Bayern	24./8.	4541	71	19	5	220	3	206	2	6	11	5	5	2	4622	480	9814	572	14485
Berlin	31./8.	10733	248	47	5	152	4	269	—	4	57	16	17	23	10793	1707	42042	1494	41601
Dresden	19./9.	2174	144	3	—	65	10	146	19	9	15	—	2	4	2201	326	7210	236	7336
Elfaß-Lothringen	2./9.	1099	30	3	—	52	1	62	—	5	5	—	1	2	1110	82	2225	157	3936
Erzgebirge-Vogtland	21./7.	1366	106	3	—	73	1	128	—	4	10	3	—	—	1404	145	4541	111	2063
Frankfurt-Hessen	6./9.	2471	93	10	2	127	2	112	—	2	15	7	3	7	2559	201	5206	286	6870
Hamburg-Altona	17./7.	2306	72	3	1	64	18	111	17	3	14	8	—	6	2305	384	8820	200	4290
Hannover	3./9.	2404	126	6	—	150	—	187	1	4	3	2	2	2	2494	279	4811	210	4682
Leipzig	7./9.	4911	243	2	—	136	26	236	74	5	9	8	9	5	4072	683	22267	545	16630
Mecklenburg-Vorpommern	4./8.	594	31	2	—	42	3	48	—	1	2	1	—	—	620	68	1376	57	1489
Mittelrhein	18./8.	2877	103	8	—	216	2	273	1	5	6	2	2	3	2914	279	6535	279	8464
Nordwestf.	13./9.	1091	62	6	—	98	—	107	1	1	6	—	—	—	1141	98	1551	129	3109
Oberrhein	20./8.	1335	53	3	—	90	—	122	2	—	—	—	2	2	1353	118	2073	151	3604
Ober	20./9.	1829	129	10	—	188	—	247	1	2	6	2	—	4	1894	213	4064	204	4684
Osterrhein	10./9.	1900	133	5	—	108	2	154	2	3	5	3	4	3	2062	204	4310	212	5448
Pfalz	20./8.	628	21	1	—	9	—	27	—	—	—	—	1	—	628	86	2623	64	1695
Rheinland-Westfalen	12./9.	433	16	1	—	29	—	33	—	2	3	—	—	—	441	36	973	53	1371
Sachsen	10./9.	6988	246	26	3	305	2	351	1	17	40	17	3	15	7117	577	11855	763	16500
Salzburg	15./8.	2773	182	12	3	158	3	218	—	5	8	2	—	6	2892	409	8797	331	9768
Schlesien	31./8.	2176	120	7	—	200	1	280	—	8	7	—	3	9	2197	307	9087	247	6044
Schleswig-Holstein	20./8.	907	43	3	1	59	—	88	—	2	2	3	1	1	916	94	2078	96	2334
Südwestf.	2./9.	468	12	—	—	24	1	37	—	2	1	3	—	1	461	56	1109	45	793
Württemberg	3./8.	3027	126	17	2	97	2	108	—	6	8	5	3	6	3135	219	5712	357	9553

Summa 59111 | 2415 | 197 | 22 | 2662 | 81 | 3555 | 119 | 98 | 242 | 91 | 56 | 106 | 60221 | 6051 | 160979 | 5808 | 173528
 auf der Reise 70 Mitglieder, der Gesamtmitgliederstand betrug demnach am 30. Juni 1910: 61017.

Auszug aus den Protokollen der Vorstandssitzungen im zweiten Quartale 1910.

1. § 2-Unterstützung. Für 6 Mitglieder im Gau Berlin, 1 im Gau Hamburg-Altona, 31 im Gau Leipzig, 1 im Gau Osterrhein, 2 im Gau Ostpreußen und 4 im Gau Rheinland-Westfalen (zusammen 45 Mitglieder), welche infolge Tarifdifferenzen oder wegen ihrer Verbandsangehörigkeit die Kondition verloren, bewilligte der Vorstand die Unterstützung nach § 2 der Beschlüsse b resp. eine einmalige Arbeitsunterstützung.

2. Umzugskosten. Einen Beitrag zu den Kosten ihres Umzugs erhielten im Gau Bayern 16 Mitglieder, Berlin 10, Dresden 11, Elfaß-Lothringen 3, Erzgebirge-Vogtland 9, Frankfurt-Hessen 10, Hamburg-Altona 4, Hannover 12, Leipzig 21, Mecklenburg-Vorpommern 4, Mittelrhein 12, Nordwestf. 4, Oberrhein 7, Ober 3, Osterrhein 8, Ostpreußen 2, Posen 1, Rheinland-West-

falen 42, In der Saale 18, Schlesien 13, Schleswig-Holstein 4, Westpreußen 2 und Württemberg 10 Mitglieder, zusammen 216 Mitglieder.

3. Krankenunterstützung. Wegen Vergehens gegen die Bestimmungen für vorübergehend Erwerbsunfähige (Kranke) wurden 9 Mitglieder im Gau Bayern, 4 Mitglieder im Gau Berlin, 3 Mitglieder im Gau Elfaß-Lothringen, 1 Mitglied im Gau Erzgebirge-Vogtland, 2 Mitglieder im Gau Frankfurt-Hessen, 2 Mitglieder im Gau Hamburg-Altona, 2 Mitglieder im Gau Hannover, 4 Mitglieder im Gau Leipzig, 1 Mitglied im Gau Mittelrhein, 3 Mitglieder im Gau Nordwestf., 2 Mitglieder im Gau Osterrhein, 1 Mitglied im Gau Posen, 3 Mitglieder im Gau In der Saale, 5 Mitglieder im Gau Schlesien, 3 Mitglieder im Gau Westpreußen und 2 Mitglieder im Gau Württemberg (zusammen 87 Mitglieder) mit Entzug von einem bis sieben Tagen Krankenunterstützung bestraft. In zwei

Fällen wurde Entzug der Unterstützung für die Dauer der Krankheit ausgesprochen.

4. Invalidenunterstützung. Gemäß den Bestimmungen des Vorstandes vom 2. November 1908 wurden als dauernd Erwerbsunfähige (Invaliden) anerkannt und denselben die betreffende Unterstützung bewilligt: im Gau Bayern: 1. der 30jährige Geiser Theodor Ruhl aus Bamberg (Amputation des linken Unterschenkels und Skoliose der Wirbelsäule), 2. der 27jährige Drucker Hans Denkscher aus Regensburg (eitrige Sehnenentzündung und Plegmone an der linken Hand), 3. der 51jährige Geiser Johann Höß aus Augsburg (geistige Unvernunft) und 4. der 54jährige Geiser Konrad Otterberger aus Erlangen (deformierende Gelenkentzündung beider Schultergelenke und Rheumatismus infolge chronischer Weiberstichtung sowie Neigung zu Unterleibsentzündungen); im Gau Berlin: 5. der 53jährige Geiser Karl Wölmke aus Weimar (allgemeine Rückenmarkschwäche mit Läh-

mung einzelner Nervenbahnen), 6. der 48jährige Seher Theodor Ettner aus Berlin (hochgradige Nervenstärke und Lähmungsverhältnissen), 7. der 50jährige Seher Emil F. O. Fißcher aus Berlin (Gehirnerweichung), 8. der 43jährige Seher Adolf Weißbroth aus Torgau (Nervenstärke), 9. der 59jährige Seher Hermann Hänsel aus Ober-Bezirksbureau (Lähmung der rechten Hand und beginnender Star), 10. der 53jährige Seher Paul Ehler aus Berlin (Lähmung der rechten Seite infolge Gehirnschlag), 11. der 41jährige Seher Julius Döbler aus Freiburg i. Br. (Gehirnerkrankung), 12. der 39jährige Seher Hermann Frige aus Ruhlfäusen (Lähmung der rechten Hand und des rechten Fußes), 13. der 47jährige Seher Hermann Schubert aus Frankfurt a. O. (Reghautablösung linkerseits und teilweise rechts), 14. der 25jährige Seher Stanislaus Grabowski aus Berlin (Tuberkulose eines Halswirbels und Krampf-lähmungen der Beine und Arme) und 15. der 53jährige Seher Otto Ehler aus Berlin (Gehirnlähmung und Herzschwäche), im Gau Dresden: 16. der 58jährige Drucker Karl Pelzschke aus Dresden (chronische Nervenentzündung des linken Beins und der linken Gesichtshälfte) und 17. der 34jährige Seher Rudolf Eckert aus Tillendorf (Tuberkulose der Lungen und des Kehlkopfes); im Gau Frankfurt-Hessen: 18. der 74jährige Seher Louis Rudolf aus Aue, Kr. Eschwege (chronische Blindheit), 19. der 62jährige Seher Heinrich Hasenpflug aus Grünberg i. Hessen (Erkrankung des Zentralnervensystems mit lähmungsartiger Schwäche der unteren Extremitäten, chronische Nasenkatarrh, Krampfadernbruch und Herzvergrößerung) und 20. der 59jährige Seher Ferd. Schaller aus Wien (Nervenleiden); im Gau Hannover: 21. der 45jährige Seher Karl Wrasch aus Schwerin i. Meckl. (Fingerversteifung nach Eiterung der rechten Hand), 22. der 28jährige Drucker Rudolf Rettig aus Hameln a. d. Weser (Lungen- und Tuberkulose) und 23. der 51jährige Drucker Emil Althorn aus Hannover (Herzkrankheit); im Gau Leipzig: 24. der 32jährige Seher Otto Bergmann aus Leipzig-Reudnitz (Lungenleiden), 25. der 58jährige Seher Friedr. Bernh. Müller aus Leipzig-Gonnwitz (Gefäßverknöcherung), 26. der 69jährige Seher Hermann Schrader aus Grimma (Nervenstärke, Lungenemphysem, Asthma und Bronchialkatarrh), 27. der 62jährige Seher K. M. W. Schmidt aus Leipzig (Lungenemphysem, Rheumatismus und Übererregbarkeit), 28. der 70jährige Mediziner Wilhelm Moche aus Reize (Allergische Schwäche und Gefäßverknöcherung), 29. der 39jährige Seher Friedrich Brünner aus Leipzig-Reudnitz (Wasserhämaturie), 30. der 61jährige Drucker Karl Friedrich Herms aus Hilbershausen (Nervenleiden und Gefäßverknöcherung), 31. der 45jährige Seher Karl Neufschmann aus Leipzig-Lindenau (Sehnenverletzung des linken Unterarms) und 32. der 28jährige Seher Albert Jahr aus Leipzig (Lungenleiden); im Gau Mittelhessen: 33. der 64jährige Seher Friedrich Schwab aus Heidelberg (Bruchoperation mit folgenden Unterleibsbeschwerden) und 34. der 47jährige Drucker Lorenz Spatz aus Walldorf (Zuckerkrankheit, chronische Lungen- und Nervenkrankheit sowie Nabelbruch); im Gau Oberrhein: 35. der 35jährige Drucker Otto Penske aus Nordweil (Zuckerfarnur) und 36. der 27jährige Seher Karl Fitt-

terer aus Diententhal b. Baden (Epilepsie); im Gau Osterland-Thüringen: 37. der 56jährige Drucker Theodor Kunze aus Altenburg (Nugenkrankheit), 38. der 46jährige Seher Emil Kühner aus Waldenburg i. S. (allgemeine Neurasthenie) und 39. der 56jährige Seher Richard Köhler aus Froberg (Nervenleiden); im Gau Schlesien: 40. der 65jährige Seher Heinrich Krause aus Breslau (Verknöcherung des Herzens und der Blutgefäße, besonders derjenigen im Gehirn); im Gau Schleswig-Holstein: 41. der 26jährige Seher Ernst Petersen aus Schleswig (Knieversteifung und Muskelschwäche nach Kniegelenks-erweiterung); im Gau Württemberg: 42. der 52jährige Seher Franz Metz aus Oberflacht (Lungen- und Tuberkulose) und 43. der 63jährige Seher Wilhelm Emmerich aus Nachen (Lungenemphysem, Krampfadern und Unterextremitätenschwäche). — Invalidentand: Übernommen vom I. Quartale 1910: 777 Invalidenten, neu hinzugekommen 43 = 820 Invalidenten, hiervon Abgang 30 (gestorben 26, arbeitsfähig 3, entzogen 1), bleibt Invalidententand am 1. Juli 1910: 790.

5. Verwaltung. Verfaßt ein mit der Schreibmaschine hergestelltes an die Gauvorstände gerichtete Zirkular.

6. Geschäftverkehr in obigen drei Monaten (April bis Juni): 1893 eingegangene und 1538 abgegangene Postsendungen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechnr. W. 1119.

Bezirk Waldenburg i. Schl. Dem Irtilmer zu vermeiden, bringen wir den geehrten Funktionären und Ortsvertrauensleuten zur Kenntnis, daß Kollege R. Hoffmann nun der Ortsvorsitz leitet, während die Bezirks-geschäfte weiterhin vom bisherigen Vorsteher Fritz Köchel, Gartenstraße 1, erledigt werden. Diesbezügliche Schreiben sind also nur an letzteren zu senden.

Essen. Der Maschinenfeger Kiemy (Hauptbuchnummer 70495) wird zwecks Zustellung einer Berufsbescheinigung aufgefordert, seine Adresse sofort dem Gehilfenvertreter des Kreises II, Emil Albrecht in Essen (Ruhr), Wilhelmstraße 8, anzugeben.

Dem Seher Max Schalthoff aus Dichtenberg (Hauptbuchnummer 80984), welcher sich durch wissenschaftliche Verschweigung einer zweiwöchigen Kollision die Arbeitslosenunterstützung erschwindelt hat und durch unwahre Angaben in den Besitz seines Buches gelangte, ersuchen das Buch, welches hiermit für ungültig erklärt wird, abzunehmen und an M. Adamczewski, Luisenstraße 32 II, einzuliefern.

Lörrach. Der Schweizerdegen Karl Franke, zuletzt in Lörrach in Kondition, wird hierdurch aufgefordert, das dem Gewerkschaftsstatell entlehene Buch unverzüglich zurückzugeben sowie auch seinen Verpflichtungen gegenüber verschiedenen Kollegen nachzukommen. Die Herren Funktionäre werden gebeten, für diese Notiz aufmerksam zu machen event. seine Adresse nach hier gelangen zu lassen.

Mels. Der Seher Joseph Anderhalt aus Oberehneheim i. El., welcher, ohne sich abzumelden, von Kom-

bach t. Lotth. abgereist ist, wird ersucht, seinen Verpflichtungen dem Verbande gegenüber nachzukommen, andernfalls Ausschluß beauftragt wird.

Adressenveränderungen.

Torgau. Vorsitzender: Adolf Unger, Schützenstr. 11 I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Leipzig die Seher 1. Hans Hengst, geb. in Chemnitz 1892, ausgl. in Döbeln 1910; 2. Bruno Ludwig, geb. in Leuben-Dresden 1887, ausgl. in Rodwitz-Dresden 1905; 3. Emil Prüfe, geb. in Seudewalde 1889, ausgl. in Leipzig 1909; die Drucker 4. Benno Däne, geb. in Leipzig 1891, ausgl. das. 1909; 5. Hans Schöb, geb. in Leipzig-Bolmsdorf 1889, ausgl. in Leipzig 1907; 6. Arthur Wunderlich, geb. in Schönfeld 1888, ausgl. in Leipzig 1908; die Korrektoren 7. Max Raven, geb. in Woyas (Brajisten) 1880, ausgl. in Sao Paulo 1897; 8. Theodor Piemer, geb. in Peteritz 1857; 9. der Seher Wenzig Scheer, geb. in Landsberg 1865, ausgl. in Wien 1907; 10. der Graveur Kurt Uymann, geb. in Leipzig-Neuhäsel 1867, ausgl. in Zella 1884; die Stempelschneider 11. Paul Kunze, geb. in Leipzig-Neudnitz 1888, ausgl. in Leipzig 1906; 12. Karl Bachmann, geb. in Wien 1884, ausgl. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 13. Alfred Kleine, geb. in Leipzig 1861, ausgl. das. 1881; 14. Paul Kresse, geb. in Zangenberg 1887, ausgl. in Zeig 1905; die Drucker 15. Hermann Leuschner, geb. in Krümmenheimsdorf 1889, ausgl. in Freiberg 1908; 16. Karl Ziegler, geb. in Zebenhausen 1890, ausgl. in Wöppingen 1909; waren schon Mitglieder. — Karl Engelbrecht, Brüderstraße 9.

Arbeitslosenunterstützung.

Weimar. Der Drucker Artur Richter (Hauptbuchnummer 81000) verlor auf der Straße Breslau-Platz sein Quittungsbuch (Osterland-Thüringen 2964) — er erhielt ein neues ausgehändig (Osterland-Thüringen 3038) und wird ersteres für ungültig erklärt.

Versammlungskalender.

Sachsen. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr, im Lokale „Zum Kaiserlaaf“, in Schweinf. am Kaiser-Friedrich-Platz. Anträge bis 16. November an den Vorsitzenden.

Dortmund. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. November, nachmittags 2½ Uhr, in Rastrop, im Lokale des Herrn Schütz, Brunnstraße. — Versammlung Sonntag, den 13. November, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal, Ecke 1. Kamp- und Webersstraße.

Magdeburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 27. November, in Herlos. Anträge bis 14. November an den Vorsitzenden.

Breslau. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. November, in Krefeld. Anträge bis 12. November an den Vorsitzenden.

Mühlhausen i. Thür. Versammlung Mittwoch, den 9. November, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal.

Potsdam. Versammlung Sonnabend, den 12. November, abends 9 Uhr, bei Wittgen, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Wichtig für leistungsfähige Druckerei!

Welche Druckerei beteiligt sich an der Herausgabe eines 300 Seiten starken Werkes? Auflage 1000 Exemplare. Das Werk ist ein unentbehrliches Nachschlagewerk für Handels- und Industriefirmen. Manuskript liegt fertig vor, ebenso eine Anzahl Vorbestellungen. Verlag bietet zustimmender Druckerei dauernd gute Objekte. Ausführliche Offerten sind zu richten unter V. 786 an die Geschäftsstelle b. W.

Gut eingeleitete Akzidenzdruckerei
mit elektr. Betrieb in Industriestand des Erzgebirges zu verkaufen. Offerten unter G. K. 7 hauptpolitalagend Chemnitz erbeten. [792]

Dauernd hohen Nebenverdienst b. Verkauf a. Altberühmten „Feuerstein“-Steinertees an Privatw. Probepaket geg. 50 Pf. Briefsch. **G. Wandelt, Kemnitz, Fachstraße 4.**

Flotten Inseratenfeger
Sucht für dauernde Stellung zum 21. November. **Edward Wollers Buchdr., Grünberg i. Schl.**

Gesucht auf sofort zwei tüchtige, verheiratete **Seher**
für Katalog bei dauernder Stellung. Zeugnisse und Gehaltsangaben an **J. H. H. Schaufen, Zondern.**

Kompletzgießer, Höhehobler, Messingliniencarbeiter
werden gegen sehr gute Bezahlung dauernd engagiert.

Nur ganz tüchtige, selbständige Arbeiter wollen sich wenden an die **Erste Angarische Schriftgießerei-Alt.-Ges.,** Budapest VI., Döbessingasse 32. [613]

Junger, tüchtiger **Maschinenmeister**
der in allen vorerwähnten Arbeiten bewandert, an sauberes und flottes Arbeiten gewöhnt ist, sucht, geführt auf gute Zeugnisse, sofortige Stellung. Werte Offerten unter U. 794 an die Geschäftsstelle b. W. erbeten.

Tüchtiger Akzidenzsetzer
der auch das Korrekturenlesen mit übernimmt gesucht. Werte Offerten unter J. S. 65 erb. an **Hausenstein & Vogler, A.-S., Hamburg.** [795]

SOEBEN ERSCIENEN.
sind die hochaktuellen „Typographischen Linienstudien für Akzidenzsetzer“. Über 400 zeitgemäße Linienmotive auf 24 Tafeln. Prospekt frei. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder Alfred Wendler, Braunschweig. Preis **EINE MARK**
Porto 10 Pf.

Magenleiden! Stuhlverstopfung! Hämorrhoiden!
kann man selbst heilen. Auskurst ert. kostenlos gerne an jedermann Krankenschwester Marie, Nicolastr. 6 Wiesbaden, C. 105.

Stuttgarter graphisches Versandhaus **P. Sailer,** Relebibl., StraBe 64 Th. Ceibus Nach. Preisliste gratis u. franko.

Stichel und Messer für Stereotypie und Topmalion in Zelluloid, Lincolnum u. Holz. Th. Barthelmes, Berlin Oranienstraße 135.

In zweiter, vermehrter Auflage ist soeben erschienen:
Praktisches Latein.
Kurzer Lehrgang für Buchdrucker.

Von J. Bass
Hauptlehrer an den Buchdrucker-Fachkursen der Gewerbeschule Stuttgart.
Herausgegeben vom Graphischen Klub Stuttgart.
= 80 Seiten Groß-Oktav. Preis 1 Mark =
Die rasch abgesetzte erste Auflage dieses nützlichen Lehrbuchs hat allenthalben guten Anklang gefunden. Die zweite Auflage ist durch ein Kapitel über das Eigenschaftswort (Adjektiv) und ein Verzeichnis lateinischer Zitate vermehrt worden. Das Buch eignet sich sowohl zum Selbststudium wie zum Nachschlagen und kann auch
als passendes Weihnachtsgeschenk
für strebsame Gehilfen und Lehrlinge angelegentlich empfohlen werden.
Bestellungen durch A. Kirchhoff, Stuttgart, Augustenstraße 91. Porto für 1 Ex. 10 Pf., 3 Ex. 20 Pf., 7 Ex. 90 Pf., 8 bis 85 Ex. 60 Pf. Nachfrage ist teuer. [789]

Anhang zum Larife, von Konrad Eidler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie W. G. 23 b. d. l. Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

H. MATHAEUS
DESSAU
AGNESSTR. 23
Katalog gratis, u. fr.

Hüte in allen Preislagen bei Gutmachermesler, Berlin, Witzchenstraße 57. Verbandsmitglieder erhalten 10 Prozent Rabatt.
Unsern lieben Kollegen **Emil Thielemann** zum 25jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Leipzig, den 8. November 1910.
Die Verbandsmitglieder [790] der „Zeitung Neueste Nachrichten“

Am 3. November verstarb nach kurzem Krankenlager unerwartet und schnell unser Mitglied, der Schriftsetzer **William Schweder** aus Halle a. S., im Alter von 84 Jahren an der Zuckerkrankheit. Leicht sei ihm die Erde. Ein treues Andenken wird ihm bewahrt [787].
Der Ortsverein Halle a. S.

Am 3. November verstarb unser lieber Mitarbeiter, der Schriftsetzer **William Schweder** im 84. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [788].
Das Personal der Buchdruckerei Ehrhardt Karras.

Am 3. November verstarb unser wertos Mitglied, der Setzer **William Schweder** im 84. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [795].
Halle a. S. Der Gesangverein Gutenberg.

Am 2. November verstarb unser lieber Kollege, der Setzerinvalid **Rudolf Nix** aus Stottin, im Alter von 72 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt [791].
Der Verein Stottiner Buchdrucker.

Fachgeschäft K. Siegl, München 9
[Richard Müllers Bücherverlag.] ← Gießstraße 3
Illustrierter Katalog unberechnet und frei.